

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. November 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 135

Zur Lösung des Lohnproblems

I. Valuta, Großhandelspreise, Reichsindexziffer und Existenzminimum

Dem amerikanischen Dollar gegenüber schwankte die deutsche Mark in letzter Zeit nur noch zwischen einem Werte von $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{15}$ ihres Friedenswertes. Die deutschen Großhandelspreise sind im Oktober auf das 24,6fache des Friedenswertes und die deutsche amtliche Reichsindexziffer (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung) für den gleichen Monat ist auf 146 oder das 11 $\frac{1}{2}$ fache der Friedenszeit gestiegen. Schon diese kurze Gegenüberstellung beweist, daß zwischen diesen statistischen Feststellungen zwar eine gewisse stufenweise Abhängigkeit besteht, deren Zusammenhänge oder Verhältnismäßigkeit wohl in die Augen fallen, aber sichtlich nicht völlig klar zum Ausdruck kommen. Insbesondere geht daraus hervor, daß in dem Wertverhältnis zwischen Dollar und deutscher Mark ein harter Gegensatz besteht, der in den deutschen Großhandelspreisen jedoch keinen gleichwertigen Ausdruck findet. Dies liegt zunächst daran, daß die inneren Verhältnisse der deutschen Volkswirtschaft immer noch eine gewisse Eigenbewegung behaupten können, die von der Geldmacht des amerikanischen Dollars nicht vollständig beherrscht wird. Zwangswirtschaftliche Reste und andre fremdländische Währungen kommen dabei als konkurrierende Faktoren in Betracht. Die Zusammenhänge und Rückwirkungen auf dem Preisgebiete sind wegen der hohen Kosten der Lebenshaltung zeigen sich daher auch erst dann in deutlicher und verständlicher Weise, wenn wir den entsprechenden Monatsziffern nicht nur den Dollarkurs gegenüberstellen, sondern auch den jeweiligen Valutadurchschnitt der fünf Hauptbörsenzentren (New York, London, Amsterdam, Paris und Zürich), wie dies in folgenden Tabellen zur Darstellung gelangt:

I. Valuta (ausländische Bewertung der deutschen Mark)			
	a) im Verhältnis zum Dollar allein in Friedenswertes	b) im Durchschnitt der jeweiligen Notierungen in New York, London, Amsterdam, Paris und Zürich in Bruchteilen des Friedenswertes	Deutsche Großhandelspreise (amtliche Feststellung) Friedensindex = 100
1920			
Oktober . . .	$\frac{1}{14}$	$\frac{1}{12}$	1462
November . . .	$\frac{1}{15}$	$\frac{1}{12}$	1506
Dezember . . .	$\frac{1}{15}$	$\frac{1}{12}$	1437
1921			
Januar . . .	$\frac{1}{15}$	$\frac{1}{12}$	1436
Februar . . .	$\frac{1}{15}$	$\frac{1}{12}$	1372
März . . .	$\frac{1}{15}$	$\frac{1}{11}$	1334
April . . .	$\frac{1}{15}$	$\frac{1}{12}$	1323
Mai . . .	$\frac{1}{15}$	$\frac{1}{10}$	1306
Juni . . .	$\frac{1}{15}$	$\frac{1}{12}$	1365
Juli . . .	$\frac{1}{15}$	$\frac{1}{12}$	1425
August . . .	$\frac{1}{15}$	$\frac{1}{12}$	1909
September . . .	$\frac{1}{15}$	$\frac{1}{12}$	2067
Oktober . . .	$\frac{1}{15}$	$\frac{1}{12}$	2460

II. Reichsindexziffer, Existenzminimum, Tariflicher Buchdruckerlohn				
	Reichsindexziffer (Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung) (Wochenwörterziffer)	Existenzminimum (Reichsindexziffer umgerechnet)	Tariflicher Buchdruckerlohn im Reichsdurchschnitt (Klasse C, verheiratet)	Verhältnis zum Existenzminimum
1920				
Oktober . . .	827	310	210	0,67
November . . .	872	327	225	0,68
Dezember . . .	916	344	225	0,65
1921				
Januar . . .	924	347	225	0,63
Februar . . .	901	340	240	0,70
März . . .	904	340	240	0,70
April . . .	894	336	240	0,71
Mai . . .	880	330	240	0,73
Juni . . .	898	336	240	0,71
Juli . . .	963	361	240	0,66
August . . .	1045	392	250	0,63
September . . .	1062	398	300	0,75
Oktober . . .	1146	430	340	0,79

Ein Vergleich der Valutaspalten a) und b) in vorstehender Tabelle I mit den Großhandelspreisen läßt deutlich erkennen, daß der Stand des Dollars allein für die Entwicklung der Großhandelspreise nicht unbedingt maßgebend ist. Eine gewisse Relativität ergibt sich dagegen zwischen der zweiten und dritten Spalte; also zwischen dem internationalen Valutastand der fünf Hauptbörsenzentren zusammen und den deutschen Großhandelspreisen. Aber auch hier ist die Auswirkung von Monat zu Monat nicht durchweg einheitlich, doch immerhin annähernd als gegenüber dem Dollar allein. Besonders auffällig erweist sich jedoch die Einwirkung der Großhandelspreise auf die Ziffern des Existenzminimums; sozusagen automatisch treiben die Großhandelspreise vom vorübergehenden Monat die Preisgestaltung des Existenzminimums im folgenden Monat aufwärts. Insbesondere ist dies von dem Zeitpunkt an festzustellen, wo in Deutschland die sogenannte freie Wirtschaft beinahe reiflos zur Einführung gelangt ist, und zwar seit Juli 1921. Aus den beiden letzten Spalten vorstehender Tabelle II, die die Entwicklung des Buchdruckerlohns seit Oktober 1920 nachweisen, ist im Vergleiche zum Existenzminimum wie zu den Großhandelspreisen und der Valuta zu ersehen, daß diese durchweg erst in größerem Abstände folgen, daß also nicht die Löhne die Preise bestimmen, sondern der Gang der Dinge ein direkt entgegengesetzter ist.

Von Monat zu Monat ist der Buchdruckerlohn auch in der neuen Tarifperiode hinter dem sogenannten Existenzminimum leicht beträchtlich zurückgeblieben. Erst durch die ab 1. Oktober d. S. gültigen und ab 1. November weiter erblickten Lohnsätze ist die Spannung zwischen Existenzminimum und Lohn im deutschen Buchdruckergewerbe geringer geworden. Jedoch findet die im Oktober d. S. verzeichnete Steigerung der Großhandelspreise, worunter 18 der unentbehrlichsten Lebensmittel und 20 der notwendigsten Industrierohstoffe enthalten sind, ihre volle Auswirkung erst in der gegenwärtigen, weit über die Oktoberpreise hinausflutenden Verteuerung der Kleinhandelspreise; diese bedeuten zunehmende Verelendung jedes Arbeiterhaushalts, wenn es nicht möglich sein sollte, diese täglich größer werdenden Lücken durch entsprechende Lohnerhöhung auszufüllen. Jede weitere Verelendung der Arbeiterschaft bedeutet aber auch Sinken der Arbeitsfähigkeit, und zwar der körperlichen wie der geistigen. Das ist der tiefere Sinn des Lohnproblems, von dessen Lösung es auch im deutschen Buchdruckergewerbe abhängen wird, ob der Weg in Zukunft auf- oder abwärts führt.

Die Lebenshaltungskosten werden in erster Linie beeinflusst durch die Großhandelspreise, die sich ihrerseits wiederum unter dem Druck der inländischen Wirtschaftsverhältnisse in besonderer Maße in den monatlichen Veränderungen der amtlichen Reichsindexziffern kennzeichnen. Diese Reichsindexziffer ergibt sich laut letzter offizieller Darstellung im Augustbesthe des laufenden (ersten) Jahrganges der vom Statistischen Reichsamte herausgegebenen Monatschrift „Wirtschaft und Statistik“ (Seite 366, „Sur Beurteilung der deutschen Lebenshaltungsindezziffer“) aus amtlich überwachten und einheitlich errechneten Zusammenstellungen der jeweiligen Preise für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung für eine Familie (2 Erwachsene und 3 Kinder im Alter von 1 $\frac{1}{2}$, 7 und 12 Jahren) in 153 Orten mit insgesamt 17705219 Einwohnern, wobei Städte und Gemeinden sehr verschiedener wirtschaftlicher Struktur in Betracht kommen, deren Gesamtheit die Möglichkeit einer ziemlich einwandfreien Durchschnittsberechnung garantiert. Im allgemeinen umfaßt die amtliche Indexziffer folgende Bedarfsartikel und Mengen: Wöchentlich 23 $\frac{1}{2}$ Pfd. Roggenbrot, 7 $\frac{1}{2}$ Pfd. Nahrungsmittel (Mehl, Teigwaren, Kaffeebrot, Graupen, Hülsenfrüchte, Reis u. dgl.), 35 Pfd. Kartoffeln, 15 Pfd. Gemüse, 1 $\frac{1}{2}$ Pfd. Fleisch, 375 g Speck, 2 Pfd. Fett, 375 g Salzperlinge, 2 Pfd. Brotlaibchen, 4 Pfd. Mus- oder Kochäpfel, 875 g Zucker, 2 $\frac{1}{2}$ Stück Eier, 7 l Vollmilch, $\frac{1}{2}$ Str. Steinkohlen oder 1 $\frac{1}{2}$ Str. Braunkohlen oder 1 Str. Braunkohlenbriketts oder 1 $\frac{1}{2}$ Str. Torf oder 1 $\frac{1}{2}$ Str. Brennholz oder 10 cbm Koadgas, 3 $\frac{1}{2}$ cbm Leuchtgas oder 1 $\frac{1}{2}$ Kilowattstunden Elektrizität oder

1 $\frac{1}{2}$ l Petroleum und den Mietpreis für eine Wohnung von zwei Stuben und Küche. Nach den amtlichen Erhebungen von Wirtschaftsprüfungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich (zweites Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“, 1909) stellen diese Ausgabenposten jedoch nur 67,6 Proz. der gesamten Ausgaben einer minderbemittelten Arbeiterfamilie dar. Es fehlen also an dem vollständigen Existenzminimum noch 32,4 Proz. oder rund ein Drittel. Dieses Drittel wäre demnach gleich der Hälfte der jeweiligen amtlichen Indexziffer zu veranschlagen, um wenigstens das Existenzminimum einer minderbemittelten Arbeiterfamilie auf der Grundlage der amtlichen Reichsindexziffer zu fixieren. Wobei noch darauf hingewiesen sei, daß die der amtlichen Erhebung zugrundeliegende Ernährungsration auf einer wissenschaftlich begründeten Kalorienlehre aufgebaut ist, nach der nur so viel und solche Nährstoffe usw. in Ansatz gebracht sind, als zur physiologischen Erhaltung der Gesundheit, der Lebens- und Arbeitskraft unbedingt erforderlich sind. Die Wahl einer fünfköpfigen Familie entspricht ferner dem Durchschnitt des Familienstandes im Deutschen Reich und schließt außerdem die Erhaltung der entsprechenden Fortpflanzung des Bevölkerungsbestandes in sich; damit auch die Erhaltung der entsprechenden Arbeitskräfte, unterbindet also einen Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft und steht somit in Parallele mit der üblichen Reproduktion des Betriebskapitals innerhalb der privatkapitalistischen Wirtschaftsform. Daraus ergibt sich die wirtschaftliche Notwendigkeit und die moralische Verpflichtung, zur Feststellung des Existenzminimums zunächst die jeweils festgestellten amtliche Indexziffer um die Hälfte zu erhöhen; was gleichzeitig aber auch dazu führen muß, die Lohnhöhe eines verheirateten Arbeiters mit diesem Existenzminimum in Abereinstimmung zu bringen, wenn nicht sozialer und wirtschaftlicher Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft getrieben werden soll. In welchem Verhältnisse dazu das Einkommen eines ledigen Arbeiters steht, wird im zweiten Teile dieser Darlegungen noch besonders erörtert.

Überträgt man diese Feststellungen beispielsweise auf die Entlohnung im deutschen Buchdruckergewerbe, so würde es sich zunächst darum handeln, eine der letzten amtlichen Reichsindexziffer im Reichsdurchschnitt entsprechende Durchschnittslohnhöhe zu ermitteln. Wählen wir dazu gleichfalls die Entlohnung im Oktober d. S., so bietet uns die in den beiden letzten Nummern veröffentlichte statistische Darstellung der „Entlohnung der deutschen Buchdrucker in Großstadt und Provinz“ ausreichende Grundlagen dazu. Nach früheren Erhebungen sind zwei Drittel der Kollegenchaft als Verheiratete und ein Drittel als Ledige zu verzeichnen. Von 67 835 der nach den verschiedenen Lokalauslastungsklassen ermittelten Gehilfen kämen demnach rund 45000 als verheiratete in Betracht. Auf diese entfiel unter entsprechender Berücksichtigung der Lokalauslastung im Oktober d. S. nach den tariflichen Lohnsätzen der Klasse C (Verheiratete in den Klassen A und B bleiben unberücksichtigt, dafür aber auch zum Ausgleich die Zuschläge der Malchenlehre, die örtlichen Zulagen in Berlin, Hamburg usw.) ein Gesamtlohn von 15 408 960 Mk. oder rund 340 Mk. auf jeden Gehilfen. Die diesem Betrage gleichwertige Lokalauslastungsgruppe mit 17 $\frac{1}{2}$ Proz. könnte demnach als Reichsdurchschnitt der Entlohnung verheirateter Buchdrucker angenommen werden. Sehen wir nun die um die Hälfte zum Existenzminimum erhöhte amtliche Reichsindexziffer (Oktober) mit (1146 + 573) 1719 für vier Wochen oder rund 430 Mk. wöchentlich ein, so würde dieser Betrag das wöchentliche Existenzminimum im Monat Oktober für die Lokalauslastungskategorie mit 17 $\frac{1}{2}$ Proz. bedeuten haben. Der Buchdruckerlohn hätte demnach im Oktober um durchschnittlich 90 Mk. höher sein müssen, als er in Wirklichkeit war, um mit dem Existenzminimum übereinzustimmen. Da es indes die Teuerung im November in geradezu unheimlicher Weise verschärft, kann die amtliche Reichsindexziffer für den Oktober nicht mehr als ausreichende Grundlage für die Gegenwart und noch weniger für die nächsten Wochen gelten. Und darin liegt eine erhebliche Schwäche der amtlichen

Reichsindexziffer; sie kann in wirtschaftlich ruhigeren Zeiten ausreichen, um danach die Lohnhöhe für längere Fristen festzusetzen, nicht aber in den gegenwärtigen Zeiten. Hier heißt es nach einem aktuelleren Ergänzungsmalstab Umchau halten. Einen solchen finden wir in den Großhandelspreisen. Diese beruhen auf amtlichen Ermittlungen der Preisnotierungen in Unternehmer- und Großhandelskreisen. Nach ihnen richten sich die Kalkulationen der Unternehmer für die jeweils darauffolgenden Wochen. Das berechtigt auch zu ihrer Heranziehung für die Lohnfestsetzung. Im September besaßte sich die amtliche Indexziffer der Großhandelspreise auf 2067 und im Oktober auf 2460; das ist eine Steigerung um 19,06 Proz., die sich auf die anschließenden Kleinhandelspreise, also auf die Kosten der Lebenshaltung im November übertragen mußte. Darin liegt daher auch die Berechtigung, für eine möglichst objektive Bemessung des Existenzminimums der Gegenwart entsprechend der Steigerung der Großhandelspreise einen prozentualen Zuschlag von mindestens 15 Proz. auf das sich aus der amtlichen Reichsindexziffer für Oktober ergebende Existenzminimum von 430 M. zu berechnen; woraus sich ein Existenzminimum von 430 + 64,50 = 494,50 M. für den Monat November ergäbe. Gegenüber dem zur Zeit (November) geltenden Tariflohn von 365 M. in Orlan mit 17 1/2 Proz. Volkzuschlag für Verheiratete der Lohnklasse C würde dies einer Erhöhung um 131,50 M. gleichkommen. Da jedoch infolge der welleren Verschlechterung der Wäute in letzter Zeit die Großhandelspreise inzwischen abermals erheblich gesunken sind, infolgedessen für die nächste Zeit noch höhere Preise im Kleinhandel als gegenwärtig zu befürchten sind, so kann der nach der Oktober-Großhandels-Indexziffer hier errechnete Zuschlag zum Existenzminimum nur mit Vorbehalt gegeben sein. Den Gehilfenvertretern muß es daher überlassen bleiben, sich über das endgültige Ausmaß der zu stellenden neuen Lohnforderungen zu verständigen. Hier konnte es sich nur darum handeln, auf Grund amtlichen Materials aus der jüngsten Zeit allgemeine Grundlagen für eine den Gegenwartsverhältnissen am nächsten kommende Lohnregulierung zu ermitteln.

Die fernere Regelung der Entlohnung könnte dann so vor sich geben, daß die amtliche Reichsindexziffer (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung) um die Hälfte erhöht einen festen Grundstock des Existenzminimums bildet, zu der noch ein von Monat zu Monat besonders festzusetzender prozentualer Indexzuschlag nach den Schwankungen oder Veränderungen der beiden letzten Indexziffern der Großhandelspreise kommt. Bedinglich die Festsetzung dieses veränderlichen Zuschlags nach den Großhandelspreisen könnte Sache des Tarifausschusses unter Mitwirkung der Organisationsvorstände der Tarifkontrahenten sein. Wir sind uns dabei wohl bewußt, daß sowohl bei der Erhebung der amtlichen Reichsindexziffer teilweise gewisse taktische Fälschungen oder Schiebungen vorkommen können, wie sie z. B. in der Zeit vor Annahme des Existenzminimums aus außerpolitischen Gründen auch tatsächlich vorgekommen sein sollen; das müßte jedoch in Zukunft durch eine viel schärfere Kontrolle der Arbeitgebervertreter (Gewerkschaftskartelle usw.) bei den örtlichen Feststellungen zur reichsamtlichen Statistik unter allen Umständen zu verhindern sein. Trotzdem steht aber fest, daß selbst unter Berücksichtigung solcher Unstimmigkeiten die Anerkennung der reichsamtlichen Indexziffer als teilweise Grundlage für die Arbeitgeberseite weit vorteilhafter gewesen wäre als die bisherige mehr willkürliche Lohnregulierung. Den Beweis hierfür bietet nachstehende Tabelle, die einen Vergleich des jeweiligen wöchentlichen Existenzminimums (amtliche Reichsindexziffer [Wochenindexziffer durch 4 geteilt] um die Hälfte erhöht) mit dem jeweils gültigen tariflichen Durchschnittslohn für verheiratete Buchdrucker der Lohnklasse C (über 24 Jahre) ermöglicht:

	Existenz- minimum nach der amtlichen Reichs- indexziffer	Tariflicher Buchdruckerlohn (einschließl. Zene- rungszulagen und Wirkungsklassifiz.) in Lohnklasse C im Reichsdurchschnitt	Differenz zwischen Existenzminimum und Buchdruckerlohn
1920	Mh.	Mh.	Mh.
Februar . . .	234	122	-112
März . . .	277	122	-155
April . . .	313	122	-191
Mai . . .	328	122	-206
Juni . . .	315	198	-117
Juli . . .	315	210	-75
August . . .	299	210	-89
September . .	291	210	-81
Oktober . . .	310	210	-100
November . . .	327	225	-102
Dezember . . .	343	225	-118
1921			
Januar . . .	347	225	-122
Februar . . .	337	240	-77
März . . .	337	240	-77
April . . .	334	240	-94
Mai . . .	330	240	-90
Juni . . .	336	240	-96
Juli . . .	361	240	-121
August . . .	392	250	-142
September . .	398	300	-98
Oktober . . .	430	340	-90

Vorstehende Zusammenstellung des Soll und Habens der deutschen Buchdrucker auf der Grundlage eines zeit-

gemäßen Existenzminimums läßt erkennen, daß in den letzten beiden Jahren von Woche zu Woche ein erhebliches Defizit in den Haushaltungen der Buchdrucker zu verzeichnen war. Daraus resultieren auch die fortgesetzten gewerblichen Unruhen, die zweifellos noch größer gewesen wären und auch in Zukunft noch größer werden würden, wenn nicht trotzdem noch ein erhebliches Maß von Vertrauen in die tarifgemeinschaftliche Regelung der Entlohnung innerhalb der Gehilfenschaft vorhanden wäre. Dieses Vertrauen darf nicht zu schanden werden. Es muß endlich trotz aller Not und Schwierigkeiten der Zeit seine Anerkennung dadurch finden, daß der Lohn besser als bisher mit den Lebenshaltungskosten auf eine ebendürftige, gleichwertige Stufe gestellt wird. Und diesen Lebenshaltungskosten müssen die Unternehmer 'n unfern Werke endlich einmal etwas gerechter und menschlicher ins Auge fassen. Ihre heutigen und bisherigen Darlegungen der Verhältnisse dürften dazu zwar ausreichend Gelegenheit geboten haben; trotzdem wollen wir nicht verkümmern, vor Abschluß dieses Kapitels noch die sachliche Zusammenfassung des von uns als erforderlich erkannten zukünftigen Existenzminimums noch deutlicher zu zergliedern, und zwar unter Einbeziehung eines Vergleichs mit dem innerberuflichen Geldwert der Gegenwart und jenem der Friedenszeit:

Zusammenfassung des wöchentlichen Existenzminimums für ein Familien mit drei Kindern (1 1/2, 7 und 12 Jahre alt) auf der Grundlage der reichsamtlichen Indexziffer für Oktober 1921 und eines 15prozentigen Indexzuschlags aus der Differenz der Großhandelspreise der beiden letzten Monate im Reichsdurchschnitt für Dezember 1921

	Proz.	Mh.	Relativer Wert im Vergleich zum Buchdruckerlohn im Frieden bei 17 1/2 Proz. Volkzuschlag
1. Amtliche Indexziffer für Oktober (Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung sowie 15 Proz. Zuschlag nach den beiden letzten Großhandels-Indexziffern zum Ausgleich an die Gegenwartspreise)	66,7	329,83	21,65 Mh.
2. Geheilscher Steuerabzug	6,0	29,68	1,94 "
3. Sozialversicherung (gesetzliche Kranken- und Invalidenversicherung sowie sonstige berufliche oder freiwillige Versicherung)	5,0	24,72	1,62 "
4. Kleidung, Wäsche, Haushaltungsgeschäfte (einschließl. d. selbstweiner Neubekleidung)	10,0	49,45	3,23 "
5. Schuhwerk (Neubekleidung und teilweise Wechselstoff)	5,0	24,72	1,62 "
6. Sonstiges (Fahrtgeld, Schulgeld, Literatur [Zeitung], Kulturbeihilfe, Taschengeld für den Mann)	7,3	36,10	2,25 "
Zusammen:	100,0	494,50	32,31 Mh.

Wir glauben darauf verzichten zu können, die einzelnen Posten vorstehender Zergliederung des Existenzminimums noch näher zu erläutern. Wer auch nur einigermaßen über die Kosten der Lebenshaltung Bescheid weiß, sei er verheiratet oder ledig, wird sich höchstens darüber wundern, daß die Posten 3 bis 6 so niedrig angelegt sind. Besonders deutlich wird die Knappheit der einzelnen Posten, wenn man die letzte Spalte vorstehender Zergliederung des Existenzminimums ins Auge faßt. Da wird man sofort erkennen, daß der von uns gewählte Aufbau des Existenzminimums sich in äußerst bescheidenen Grenzen hält, und daß ein Abstrich bei den Posten 3 bis 6 nur auf Kosten der Kleidung, Wäsche, Haushaltungsgegenstände und des Schuhwerks möglich wäre, aber auch dies nur unter der Aussicht einer noch größeren Verumpfung jedes Haushalts. Da dies auch der ärmste Familienvater nicht auf sich nehmen kann und will, so bleiben nur Abstriche auf Kosten der Ernährung übrig. Was das bedeutet, wollen wir ebenfalls hier nicht mehr auseinanderlegen; es ginge nur auf Kosten der Arbeitskraft des Mannes, der Lebenskräfte der Frauen und Kinder.

Möge es daher dem Tarifausschuss in den nächsten Tagen endlich gelingen, die Entlohnung im deutschen Buchdruckergewerbe auf eine Basis zu stellen, die den tatsächlichen Kosten der Lebenshaltung besser gerecht wird als bisher; an der Gehilfenschaft wird es dann gewiß nicht fehlen, dem Gewerbe zu geben, was das Gewerbe Erhaltung und Geltung erfordert. Denn eine Hand wäscht die andre!

II. Der Sozial- oder Familienlohn

Zur „Lösung des Lohnproblems“ gehören jedoch nicht nur die Ermittlung und Anerkennung eines Existenzminimums für eine Familie mit drei Kindern, sondern auch die Fragen der Entlohnung jüngerer Arbeiter, lediger Arbeiter sowie jene der Familienväter mit mehr als drei Kindern. Bezüglich der jüngeren und der ledigen Arbeiter bildigen bekanntlich die Unternehmer im allgemeinen und die des Buchdruckergewerbes nicht minder der Ansicht, daß diese einen wesentlich geringeren Lohn zu beanspruchen hätten als die verheirateten Arbeiter. Die sonst so praktisch anmutende Formel von Lohn nach Leistung ist dabei zum größten Teil in der Verfertigung

verschwunden. Aber gerade darin liegt dieses Rätsels Lösung. Denn selbstverständlich erwarten die Unternehmer nicht, daß ein jüngerer oder lediger Arbeiter entsprechend seiner geringeren Entlohnung auch weniger leistet, sondern im Gegenteil wird nicht selten darauf spekuliert, lieber junge, kräftige Arbeiter zu beschäftigen als ältere, verheiratete. Die Arbeitgeberseite weiß über dieses Kapitel aus vergangenen Zeiten ein gar garstiges Lied zu singen; aus Zeiten, wo es noch Usus war, über 40 Jahre alte Arbeiter entweder überhaupt nicht mehr einzustellen oder nur mit Widerstreben, wenn es gar nicht anders ginge. Und wenn heute in Unternehmerblättern davon geschrieben wird, daß „man“ gewillt sei, verheirateten und älteren Arbeitern gern mehr Lohn zu zahlen, so steht die gewerkschaftlich organisierte Arbeitgeberseite darin keine soziale Einsicht, sondern den Verdruß in niedrigen Löhnen für junge und ledige Arbeiter, die es den Unternehmern dann erleichtern, so nach und nach die Löhne der älteren und verheirateten Arbeiter in immer „mäßigeren Grenzen“ halten zu können. Diese Erkenntnis in Arbeitgeberkreisen beruht nicht nur auf irgendeiner prinzipiellen Doktrin, sondern auf jahrzehntelanger praktischer Erfahrung auf dem Lohngebiete. Dasselbe Manöver haben die Arbeiter im allgemeinen ja auch auf dem Gebiete des Stücklohns oder der Akkordarbeit und wir Buchdrucker in der Frage des Berechnens erlebt. Auch hier ist das Wort „Akkordarbeit ist Mordarbeit“ keine Phrase, sondern aus der Praxis des täglichen Lebens, aus der Entwicklung der Stücklohnfrage geboren, die auch heute noch vielfach Gehalt lauten, herabgesetzt zu werden, wenn dabei ein anständiger Lohn verdient werden könnte. Daß z. B. beim Berechnen im Buchdruckergewerbe in vielen Fällen die Zuteilung der Berechnungsarbeiten in gleicher „sinnvoller Weise“ erfolgt, bedarf wohl hier keiner besonderen Erläuterung. Nur wo verhältnismäßig starke Arbeiterorganisationen (wie bei uns) hinter den einmal vereinbarten Lohnsätzen auch für den Stücklohn stehen, sind diese vor mehr oder weniger Willkürlichkeiten des Unternehmertums geschützt. Das war früher schon so und ist auch heute noch nicht anders.

Es ist daher auch die Frage des sogenannten Soziallohns für alle Arbeiter und deren Organisationen, die auf eine tiefere und breitere Erfahrung zurückblicken können, keine Sache, der prinzipielle, sondern nur praktische Bedenken gegenüberstehen. Das schließt aber keinesfalls aus, daß praktisch denkende Gewerkschaftsmitglieder für eine Staffelung der Löhne nach Altersklassen und besonderer Leistungsfähigkeit Verständnis haben. Kein vernünftig denkender Arbeiter verachtet sich der Erkenntnis, daß bezüglich der Entlohnung eines noch nicht voll entwickelten und eines im besten Berufs- und Mannesalter lebenden Arbeiters gewisse Unterschiede berechtigt sind. Diese Unterschiede müssen sich aber in solchen Grenzen halten, daß dabei der jüngere, noch nicht voll entwickelte Arbeiter auch seine Existenz selbstständig bestreiten kann und außerdem noch die Möglichkeit besitzt, sich wirtschaftlich wie beruflich emporarbeiten zu können. Von diesen Grundfragen aus haben daher auch die Vertreter der Buchdrucker von jeder darauf geachtet, daß die tariflichen Lohnunterschiede nach Altersklassen sich in solchen Grenzen hielten, die wirtschaftlich wie sozial gerechtfertigt erschienen. Die heutige Unterscheidung nach Verheirateten und Ledigen ist daher auch keine „Ertragserschaft“, die von Gehilfenleite erstrebt wurde; sie wurde von deren Vertretern nur in Kauf genommen, weil die Unternehmer davon die Gewährung einer höheren Zulage an die Gehilfenschaft überhaupt abhängig machten. Die von Unternehmernseite dafür vorgebrachten Gründe zwingen uns daher, in diesem Zusammenhang auch diese Frage noch besonders unter die Lupe zu nehmen. Zunächst ist zu beachten, daß durch die bisherige Entlohnung auch das Existenzminimum für Verheiratete bei weitem nicht gedeckt war; daß der jeweilige Tariflohn im allgemeinen nur das Existenzminimum eines einzelnen Mannes gewährleistete und das auch nur bei bescheidener Lebensweise, insbesondere unter Verzicht auf beachtenswerte Neuanfassungen. Dabei kommt noch in Betracht, daß die tariflich festgelegten Unterschiede nach Altersklassen insbesondere den größten Teil der Ledigen treffen, soweit sie unter 24 Jahre alt sind. Die gegenwärtigen Lohnsätze weisen für Klasse B (21-24 Jahre) ein Weniger von 10 Mh. wöchentlich in allen Volkzuschlagsklassen gegenüber der Klasse C (über 24 Jahre) auf, dazu noch 12 Mh. Ledigenabschlag, also im ganzen 22 Mh. wöchentlich weniger für einen Ledigen unter 24 Jahren; in Klasse A (unter 21 Jahren) erhalten die Ledigen jedoch 47 Mh. weniger als die Verheirateten der Klasse C, und die Neuausgeleiteten erhalten wöchentlich 72 Mh. weniger als die Verheirateten der Klasse C; des weiteren erhalten alle Ledigen der Klasse C (über 24 Jahre) durchweg 12 Mh. weniger. Dazu kommen nun noch die höheren Steuerabzüge für Ledige gegenüber den Verheirateten, die z. B. gegenüber einem Verheirateten (mit drei Kindern) wöchentlich etwa 13 Mh. betragen, die der Ledige (ohne irgendeine anerkannte Unterhaltungsspflicht für andre) bei der Lohnauszahlung neben den üblichen tariflichen Abschlägen weniger in die Hand bekommt

Es besteht demnach tatsächlich heute schon in unsem Tarif ein gewisses „soziales“ Entlohnungssystem unter Berücksichtigung des Familienstandes. Um dies näher zu veranschaulichen, sei folgende Gegenüberstellung zwischen einem verheirateten Gehilfen der Klasse C und je einem Ledigen der gleichen Klasse wie der übrigen Altersklassen entsprechender Beachtung empfohlen:

Tariflicher Buchdruckerlohn im Reichsdurchschnitt (bei 17 1/2 Proz. Sozialzuschlag) im November 1921 nach Abzug der Reichseinkommensteuer					
für Verheiratete der Klasse C	für Ledige der Klasse C	für Ledige der Klasse B	für Ledige der Klasse A	Neuanfänger	Reisende
347,30 Mh.	323,30 Mh.	311,10 Mh.	290,60 Mh.	269,30 Mh.	
weniger: 24 — Mh.	weniger: 24 — Mh.	weniger: 24 — Mh.	weniger: 24 — Mh.	weniger: 24 — Mh.	
7,3 Proz.	10,4 Proz.	10,4 Proz.	10,4 Proz.	10,4 Proz.	

Danach sind also jetzt schon ganz erhebliche Abschläge in der Entlohnung der Ledigen gegenüber den Verheirateten vorhanden, ebenso zwischen den jüngeren und älteren Gehilfen, so daß man tatsächlich von einem Soziallohnsystem im heutigen Buchdruckerlohn sprechen kann. Eine noch stärkere Abfluchtung dieser Unterschiede gegenüber den ledigen und jüngeren Gehilfen könnte zweifellos nur auf Kosten des Existenzminimums dieser Gehilfenklasse geschehen. Denn sowohl für die Ledigen in höherem Alter wie für die jüngeren Gehilfen muß eine andre Gliederung des Existenzminimums angenommen werden als für den Familienverband, wo weit weniger fremde Handreichungen und Kostenberechnungen in Frage kommen als bei alleinlebenden Personen. Und bei jüngeren, noch im Familienverband lebenden Gehilfen, kommt die Frage eines Ausgleichs für Entlohnungen der Eltern und Geschwister während der Lehrjahre des jungen Gehilfen in Frage, wie außerdem noch Neuanfassungen an Kleidern, Wäsche, Schuhen usw. für den „Anberaubten“ und entsprechender enger werdender Bekleidung entwachsenden jungen Gehilfen. Dazu noch entsprechende Rücklagen in den weiteren Jahren zur Gründung eines eignen Haushalts. Denn bei den Arbeitern ist es heute, weit mehr als früher, immer noch so, daß „Sie“ nichts hat und „Er“ nur ein — Buchdrucker ist. Eltern mit beträchtlichen Söhnen und Töchtern sehen heutzutage in der Gründung eines „eigenen Herdes“ ihrer Kinder meist eine Gefahr, die sie tief in Schulden stürzt und doch für alle Besten nicht das mit sich bringt, was alle so sehr schenlich wünschen. Man lasse also die Finger weg von einer weiteren Abschnürung der Löhne der Ledigen oder jüngeren Gehilfenkategorie; es wäre eine schwere Verhängung am begrenzten, neuen Geschlechte, die sich in Zukunft wahrnehmbar bitter rächen würde!

Dagegen scheint es auch uns dringend notwendig, daß auf dem Gebiete des Soziallohns noch ein Schritt weiter gegangen werden muß, und zwar soweit Familienväter mit mehr als drei Kindern unter 18 Jahren in Frage kommen. Wir betonen ausdrücklich unter 18 Jahren, weil ein Gewerbe, das eine vierjährige Lehrzeit erfordert und den Eltern seiner Lehrlinge solche Lasten aufbürdet wie das Buchdruckgewerbe durch seine niedrige Gehaltsentschädigung, wenigstens dafür sorgen müßte, daß seine ihm angehörenden Väter in der Lage sind, auch ihre Söhne ein entsprechendes Handwerk erlernen zu lassen. Wir sind daher der Auffassung, daß bezüglich der Entlohnung kinderreicher Familien auch für das Buchdruckgewerbe eine moralische Verpflichtung vorliegt, deren Existenzfähigkeit und Arbeitskraft besser als bisher zu wahren. Das von uns errechnete und in Vorschlag gebrachte Existenzminimum gilt im allgemeinen nur für Familien mit drei Kindern und stellt für eine fünfköpfige Familie das Minimum dessen dar, was eine solche Familie zu einem halbwegs erträglichen Leben braucht; für Familien mit mehr Kindern reicht es daher nicht aus. Und doch sind auch die Väter solcher Familien für das Buchdruckgewerbe nicht minder unentbehrlich als für jedes andre Gewerbe. Gerade diese von Sorgen stärker befallenen Arbeitskräfte bringen dem Gewerbe bei der heutigen Entlohnung, die auf ihre harte wirtschaftliche und soziale Lage keine besondere Rücksicht nimmt, große Opfer dar. Hier hätten daher auch die Unternehmer des Buchdruckgewerbes ein Geld, auf dem sie durch die Tat beweisen könnten, daß ihr Verständnis für die Lage kinderreicher Familienväter nicht nur in schönen Worten besteht. Wäre die übrige Gehilfenklasse so gestellt, daß sie von ihrem Lohne diesen bedrängten Kollegen etwas abtreten könnte, sie würde es in ihrer großen Mehrheit sicher nicht ablehnen. Aber leider sind die derzeitigen Lohnverhältnisse so, daß daran nicht zu denken ist. Es bleibt daher kein anderer Ausweg übrig, als daß den Vätern mit besonders kinderreichen Familien aus allgemeinen gewerblichen Mitteln geholfen wird. Und dies wäre in der Form möglich, daß Gehilfen mit vier und mehr Kindern unter 18 Jahren für jedes vierte, fünfte, sechste usw. Kind eine wöchentliche Kinderzulage von z. B. 12 Mh. wöchentlich erhalten, nehmen wir einmal (hochgerechnet) an, daß von rund 50000 verheirateten Gehilfen 40000 bis zu drei Kindern und die übrigen 10000 vier und mehr Kinder

in folgender Verteilung zu ernähren hätten: 3500 je vier, 3000 je fünf, 2000 je sechs, 1000 je sieben und 500 je acht Kinder (höhere Kinderzahl in diesen Gruppen schon einberechnet), so ergäbe sich folgender Vorschlag für die Durchführung des Familienlohns:

3500 Gehilfen mit je 4 Kindern	= 3500 × 12	= 42000 Mh.
3000 „ „ „ 5 „	= 3000 × 24	= 72000 „
2000 „ „ „ 6 „	= 2000 × 36	= 72000 „
1000 „ „ „ 7 „	= 1000 × 48	= 48000 „
500 „ „ „ 8 „	= 500 × 60	= 30000 „
	Zusammen:	264000 Mh.

Auf rund 70000 Gehilfen übertragen, erfordert diese Summe eine Erhöhung des Lohnkontos um 3,78 Mh. pro Kopf und Woche oder 0,79 Proz. des im ersten Teile dieses Artikels errechneten Durchschnittslohns für Lohnklasse C (Verheiratete) bei 17 1/2 Proz. Sozialzuschlag. Im Vergleich zu den durch die Steuerung erforderlich gewordenen Lohnsummen bildet der für solche Kinderzulagen erforderliche Betrag keine solche Belastung, daß sie das Gewerbe nicht ertragen könnte. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die kulturellen Vorteile, die daraus für die gesamte gewerbliche und soziale Entwicklung erwachsen dürften, diese Ausgabe zu einer äußerst rationalen gestalten könnten. Es wäre endlich ein Lichtblick im traurigen Chaos unserer Zeit, wenn dieser Gedanke in Unternehmerkreisen des deutschen Buchdruckgewerbes auf fruchtbaren Boden fallen würde. Aber die Art des Umlageverfahrens und das Auszahlungsverfahren ersparen wir uns an dieser Stelle weitere Einzelheiten. Größter und aufrichtiger Wille zur Anerkennung und Durchführung würde auch nach dieser Richtung gangbare Wege leicht finden!

III. Schlusswort

Die im ersten Teile dieser Untersuchung „zur Lösung des Lohnproblems“ erfolgte Herausarbeitung der Grundlagen eines Existenzminimums auf Grund der reichsweiten Indexziffer in Verbindung mit den Großhandelspreisen bietet die Möglichkeit, in Zukunft davon abzugehen, den ganzen Tarifauschuss zur Regelung der Lohnfrage einzuberufen. Sowohl die amtliche Reichsindexziffer wie die vom Reichsstatistischen Amt ermittelte Indexziffer der Großhandelspreise stellen zwei Komponenten der Preisgestaltung der Lebenshaltungskosten dar, die auch durch Lage- oder wochenlanges Verhandeln größerer oder kleiner Parlamente nicht verkleinert oder vergrößert werden können. Die amtliche Reichsindexziffer stellt fest, was war, die Großhandelsziffer gibt jenseits an, was in der Gegenwart ist und bis zum nächsten Feststellungstermin der neuen Ziffer sein wird. Eine praktische Ergänzung der ersten durch die letztere bietet von Monat zu Monat die Gewißheit, daß bei einer desgehörigen Anerkennung beider Indexziffern als Lohnregulatoren Soll und Haben auch für die Arbeiterklasse mit den tatsächlichen Preisverhältnissen in annähernde Übereinstimmung kommt. Zwischen Großhandelspreisen und Lohnkonto bleibt dann trotzdem immer noch ein gewisser Spielraum, der es jedem ehrlichen und gewissenhaften Unternehmer ermöglicht, zu bewahren, daß er nicht nur auf Kosten der Arbeiterklasse existieren kann. Wie es ja auch durch viele Erfahrungen auf dem Gebiete des Druckpressenbetriebs bewiesen ist, daß dieser nach unten nicht selten noch beträchtliche Preisabschläge ermöglicht und die betreffenden Betriebe trotzdem auf ihre Rechnung kommen, und zwar je nachdem ihre technische oder kaufmännische Struktur beschaffen ist. Diese Erfahrungen bestätigen, daß durch eine vernünftige und bessere Lohnregelung, die in besserer Einklang mit den Lebenshaltungskosten steht, die Möglichkeiten rationaler Betriebsführung nicht erschöpft sein werden, daß im Gegenteil durch eine damit sicher verbundene freudigere Berufshingabe und Pflichterfüllung noch weit mehr an produktiven Leistungen gewonnen werden kann als bei den gegenwärtigen unzulässigen Reibungsverlusten, die sich aus durchaus unbetrieblidenden Lohn- und Lebensverhältnissen ergeben.

Da außerdem die gegenwärtige Zuspitzung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse in Deutschland dazu führen wird, daß sich die Lohnfrage ganz allgemein zum Brennpunkt jeder Produktion und des Verbrauchs gestaltet, werden daraus weit größere Abhängigkeiten zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen entstehen, die in absehbarer Zeit in allen Industrie- und Gewerbebezügen zu ändern, rationaleren Produktionsmethoden drängen werden. Nur wenn das Lohnproblem an die Spitze der Wirtschaft gestellt wird, dann beschränken sich Indexziffer, Großhandelspreise und Wäute auf natürliche Grenzen, weil dadurch Arbeitskräfte und Leistungen gewacht und gefördert werden, die unter dem heutigen System mehr und mehr zum Erkranken oder zur passiven Resistenz verurteilt werden.

Wir wissen wohl, daß solche wirtschaftspolitische Auffassungen dem Unternehmerum von heute die Haare zu Berge stehen lassen. Aber die Herren mögen sich beruhigen, der deutschen Arbeiterklasse stehen sie schon längst zu Berge ob der vernünftigen und brutalen Volks- und Weltwirtschaft, deren Schöpfer und Träger der Privatkapitalismus ist. Sie haben den letzteren schon längst an seinen Früchten erkannt. Höhere Löhne oder niedrigere Preise, ein Preises kann es nicht mehr geben, sind die

Forderungen, die unerbittlich an die Porten der privatkapitalistischen Produktion pochen. Auch für uns im Buchdruckgewerbe kann es keine andre Lösung mehr geben. Mit der neuen Forderung: erst höhere Preise, dann höhere Löhne, schalten sich die Unternehmer selbst aus. Denn wenn das des wirtschaftlichen Glanzes einzige Lösung wäre, dann kann jedes Mädchen einen „Unternehmer“ ersehen oder jedes besessliche Kapitalisationsbureau hätte ein Anrecht darauf, dieses Rechenexempel im Sandumdrehen als seiner Weisheit letzten Schluß zu verewilligen. Wir geben jedoch gern zu, daß z. B. der deutsche Druckpressenbetriebe der „handels- und gewerblichen“ Preise sich immer noch in respektablem Entfernung von sogenannten Bucherpreisen hält. Die heutigen Bücher-, Zeitungs- und sonstigen Druckwarenpreise haben noch lange nicht die schwindelhafte Höhe des 25fachen und noch mehr wie fast alle übrigen Preise der täglichen Bedarfsartikel. Aber wir sind auch unterrichtet davon, daß die heutigen Druckpreise es sehr wohl gefallen würden, den Arbeitern und Angestellten des deutschen Buchdruckgewerbes wesentlich höhere Löhne als bisher zu bezahlen. Wir verzichten darauf, entsprechende Beweise hierfür an dieser Stelle anzuführen. Jedenfalls steht aber fest, daß der Nachwuchs für das Bedarfsfeld weit höherer Löhne durch die gegenwärtigen Preisverhältnisse erbracht ist. Und das ist für uns das Wesentliche. Die Deckungsfrage wird jedoch nicht ohne weiteres in einer schematischen Erhöhung des Druckpressenbetriebs zu finden sein. Dadurch würde der bisherige verhängnisvolle Kreislauf des wirtschaftlichen Glanzes: Erhöhung der Preise, Erhöhung der Löhne, nicht aufhören. Dazu bedarf es anderer Maßnahmen und Hilfsmittel. Diese werden zunächst in einer durch gerechtere, den Lebensverhältnissen besser entsprechenden Entlohnung gestärkten Arbeitsfreudigkeit zu finden sein; des weiteren in einer rationelleren Auftragsverteilung von Betrieb zu Betrieb und von Ort zu Ort und nicht zuletzt auch in einer strikten Durchführung des bestehenden Druckpressenbetriebs. Im Schoße der sozialen und wirtschaftlichen Organisationen des deutschen Buchdruckgewerbes sind in allen diesen Richtungen Kräfte genug vorhanden, die, auf solchem Boden zusammenwirkend, aus eigener Kraft das Gewerbe wieder aufwärtsführen können.

In diesem Sinne steht die bevorstehende Tarifauschussführung vor einer gewerblichen Kulturfrage ersten Ranges. Diese wird im Interesse des gesamten Gewerbes und darüber hinaus als Vorbild für die gesamte Volkswirtschaft nur gelöst werden können, wenn endlich der gesamten Arbeiterklasse unseres Gewerbes die Möglichkeit eines halbwegs befriedigenden Daseins gewährt und gesichert wird. In welcher Form das geschehen könnte, haben wir an dieser Stelle klar und deutlich gesagt. Möge die diesmahlige Tagung des Tarifauschusses in der Leipziger „Gutenberg-Halle“ im Gegenfalle zu der stürmischen Tagung an gleichem Ort im Februar dieses Jahres auf Prinzipalsseite eine tiefere und großzügigere Erkenntnis besitzen erkennen lassen, was dem Gewerbe nützt: eine Arbeiterklasse, die sich satt essen und leben kann, wie es eines so hochstehenden Gewerbes im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft trotz aller Not der Zeit würdig ist!

Zur Tarifauschussführung

Die Frage: „Tarifgemeinschaft? Ja oder nein?“ ist vom Kollegen Schlichts in dankenswerter Weise und mit den durchschlagendsten Gründen durch „Ja“ beantwortet worden. Die Tarifgemeinschaft liegt im wohlverstandenen Interesse beider Tarifparteien. Sie hat in den letzten 25 Jahren für beide in jeglicher Weise gewirkt. Das trotzdem weite Gehilfenkreise der Tarifgemeinschaft absehend gegenüberstehen, hat keinen Grund darin, daß diese die Tarifgemeinschaft als Hemmnis ansehen, das eine ausreichende Besorgung der Buchdruckergehilfen bisher verhinderte. Diese Ansicht ist jedoch unzutreffend. Die wahren Ursachen liegen vielmehr auf andern Gebieten, wie im „Kor.“ schon des öfteren klargestellt ist. Vor allem haben die Prinzipale in den letzten Jahren jede großzügige Lohnpolitik vernichten lassen; immer ist das Notwendige einige Monate zu spät geschehen, und immer hat die Leistung des Deutschen Buchdruckgewerbes eine ganz unangebrachte Rückschlagnahme auf ihre Produktivitätsschancen wachen lassen. Welter auf die Ursachen der materiellen Not der Gehilfenklasse einzugehen, würde hier zu weit führen.

Der Tarifauschuss ist für den 24. November nach Leipzig zusammenberufen. Eine umfangreiche Tagesordnung wartet feiner; hoffentlich wird sie endlich einmal erledigt.

Von den Prinzipalsanträgen hat besondere Bedeutung der zweite Punkt: Erhöhung der Lehrlingskassen. Kaum hat der Tarifauschuss auf diesem Gebiet im vorigen Jahr eine Regelung getroffen, die auch von Gehilfenkreisen begrüßt wurde, und die manchem Kollegen die Zustimmung zum Tarifabschluss erleichtert hat, da möchte man schon wieder eine Verberößerung der Lehrlingskassen herbeiführen. Aber die Frage ist aber gar nicht zu reden, da dies eine Änderung des bis Ende 1922 abgelaufenen Vertrags bedeuten würde. Aber auch, wenn man hier von absehen könnte, so würde doch Vorbereitung für eine Erhöhung der Lehrlingskassen, daß die zur Zeit herrschende Konjunktur von Dauer wäre. Dafür besteht keine Ge-

An H. Z. in Sieve

In Nr. 132 des „Korr.“ führt Kollege H. Z. aus Sieve in seinem Artikel „Aus dem Grenzgebiet“ an, daß ein junger Kollege in einem bayerischen Provinzort mit einem monatlichen Kollegeld von 100 Mk. leben konnte. Dieser Umstand darf nicht unüberdacht bleiben, denn es ist bei den jetzigen Preisen in Deutschland ganz unmöglich, daß man an irgendeinem Orte mit 100 Mk. Kollegeld monatlich existieren kann.

Sch würde dem Kollegen H. Z. empfehlen, einmal nach hier zu kommen, um sich zu überzeugen, wie hoch uns hier der Brotkorb gebührt ist, und daß wir mit dem jetzigen Lohn kaum das Allernotwendigste kaufen können.

Daß H. Z. unsern bayerischen Scharmachern auch noch Material für die Verhandlungen des Tarifausschusses in Leipzig in die Hände geliefert hat, scheint er beim Schreiben seines Artikels nicht bedacht zu haben. Wer aber die jeweiligen Verhandlungsberichte aufmerksam liest, wird wissen, daß die bayerischen Provinzprinzipale nicht oft genug belonen können, wie billig es sich in Bayern leben läßt, während wir in Wirklichkeit genau so am Hungerluche nagen wie die Kollegen überall in Deutschland.

Diesem am Ammersee (Oberbayern). PK.

Berücksichtigung der Lehrlingskalk!

In Nr. 132 des „Korr.“ befindet sich die Bekanntmachung über die Einberufung des Tarifausschusses, zugleich die Anträge der beiden Tarifparteien. Aus den Anträgen der Prinzipale will ich den Antrag 2 herausgreifen. Er betrifft Erhöhung der Lehrlingskalk. Mit diesem Antrage will wohl die Prinzipalität die Lehrlingszuchterei, welche in den beiden letzten Kriegsjahren ihren Höhepunkt erreicht hatte, wieder einführen?

Nachdem der Krieg zu Ende und die Kollegen, die vom Militär entlassen waren, ihr Einstellungsrecht bei ihren Firmen beanspruchten, mußte der eine oder der andere die fräurige Wahrnehmung machen, daß ihm der Prinzipal sagte: „Ich habe jetzt keine Arbeit für Sie, Sie müssen sich halt nach einer anderen Stellung umsehen.“ Warum aber war für diese Kollegen keine Arbeit da? Weil man im Jahre 1916 vom Tarifamt die Genehmigung erhalten hatte, daß eine größere Zahl von jungen Leuten als Lehrlinge eingestellt werden konnte.

Viele in den Kriegsverhältnissen begründete und dann aufgehobene Ausnahmeverordnung des Tarifamtes hatten sich manche Prinzipale so zum Nutzen gemacht, daß z. B. Druckerereien, die in Vorkriegszeiten fünf bis sechs Gehilfen und zwei Lehrlinge beschäftigten, auf einmal sechs bis acht, ja, ich weiß sogar Fälle, wo Prinzipale zehn Lehrlinge stellten, aber höchstens ein bis zwei Gehilfen. Nachdem jedoch die Arbeitslosigkeit zu groß wurde und die Gehilfenzahl, dahin drängte, die Lehrlingszuchterei reduziert werden, mußten die Prinzipale diese Bergünstigung nicht aus der Hand geben. Doch ihr Flehen und Bitten half nichts, die Zustände, die damals eingerissen waren, waren zu groß und mußten beseitigt werden.

Im laufenden Jahr, und in den letzten Monaten besonders, hat sich die Arbeitslosigkeit etwas gehoben, namentlich in Berlin, Leipzig und im Rheinlande. In den übrigen Teilen Deutschlands haben wir mehr Arbeitslose zu verzeichnen. Ihre Reservearmee an Arbeitslosen ist jedenfalls noch so groß, daß man nicht an eine Erhöhung der Lehrlingskalk gehen, sondern daran denken soll, dieselbe noch weiter zu reduzieren. Die Provinz hat unter der Arbeitslosigkeit am meisten zu leiden. Was für Kollegen sind es denn, die am meisten von diesem Schreckensgespenst befallen werden? Ist es nicht der größte Teil von denjenigen, die eine sogenannte Kriegs-ausbildung erhalten haben und aus denjenigen Kunsttempeln stammen, in denen die Lehrlingszuchterei zu Hause ist, welche wenig oder gar keine Gehilfen beschäftigen? Zu diesem Prinzipalsantrage dürfen die Gehilfenvertreter also ihr Jawort nicht geben.

Wenn die Prinzipale die Lehrlingsordnung zur Hand nehmen und darin lesen, was notwendig ist, dann wären ihre Führer nie auf den Gedanken gekommen, jetzt einen so prozontierenden Antrag zu stellen. Aber die Kleinen sind immer noch lehrlingsbesessen und die Großen fallen um, wie von unten und von den organisierten Provinz-oppositionen gebalgt wird. Und das nennt sich dann einseitige Gewerpolitik! Die Gehilfenvertretung hat den Prinzipalsantrag 2 unbedingt in den Drucks zu werfen; die Gehilfenchaft versteht hier keinen Spas und will von einem Kompensationsobjekt hier nichts wissen.

Scheudt.

C. T.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Das militärgeographische Institut in Wien, das vor dem Krieg einen Welt Ruf genoss, hatte in Friedenszeiten einen Personalbestand von rund 300 Personen, welcher während des Krieges auf 7000 anwuchs. Die Anzahl der Maschinen betrug 21, die Tag und Nacht voll ausgenutzt wurden. Nach dem Zusammenbruche plante man eine Umstellung des Instituts, kam aber im letzten Moment davon ab, weil man sich sagen mußte, daß dadurch ein Kulturwerk erster Güte verloren geht. Die Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie erhielten deshalb bloß auf ihre Kosten das gesamte Kartenmaterial ihres Gebiets ausgeliefert. Das Institut selbst wurde im kaufmännischen Sinn um-

gestaltet und das Kartenwerk wird nunmehr weitergeführt. Es laufen zur Zeit große Bestellungen aus den Nachfolgestaaten und private Aufträge aus vielen Ländern ein, wo solche Arbeiten nicht in der gegebenen und einwandfreien Weise hergestellt werden können wie in Wien. Auch beschäftigt sich das Institut mit der Einführung des Mannverfahrens. Im Jahre 1920 betrug das Defizit des Instituts noch 20 Millionen Kronen, durch die Neuorganisation und den kaufmännischen Betrieb ist es aber nicht nur möglich geworden, das Defizit zu beseitigen, sondern das erste Halbjahr 1921 schloß bereits mit einem Uberschuss von 21 Millionen Kronen. Der Arbeitserfolg gebührt in erster Linie Dank, weil sie es durch ihre vielen Anstrengungen verstanden, daß dieses Institut gleichfalls unter den Hammer kam.

Die Vereinigung der Verleger der österreichischen Tageszeitungen hat sich infolge der steigenden Anholten auf allen Gebieten der Produktion gezwungen, die Bezugspreise der Zeitungen erneut in die Höhe zu schieben. Der monatliche Bezugspreis für die in Wien erscheinende „Neue Freie Presse“ stellt sich nunmehr auf 400 Kr.; eine Einzelnummer kostet im Straßenhandel — 14 Kr.

Der in so bedrohliche Nähe gerückte Konflikt im österreichischen graphischen Gewerbe ist erfreulicherweise durch die Einsicht und Nachgiebigkeit der Unternehmer vermieden worden, was beiden Seiten nur zum Vorteil gereicht. Bekanntlich stellte die kartellierte Arbeitervertretung in Anbetracht der wahnwitzig fortschreitenden Teuerung die Forderung um eine Erhöhung der Teuerungszulage von 65 Proz. des Gesamtlohns bei den qualifizierten Gehilfen und 80 Proz. bei der Hilfsarbeiterchaft. Bei den ersten hätte diese Forderung in der höchsten Lohnklasse und Lohnstufe 2681 Kr. betragen, wohingegen die Unternehmer bloß 1500 und als letztes Angebot 1800 Kr. boten. Die Verhandlungen sind deshalb gescheitert. Nachdem hierauf die Gewerkschaftskommission und das Bundesministerium von dem Stande der ganzen Angelegenheit unterrichtet und auf den Ernst der Situation verwiesen wurden, gab sich das Bundesministerium alle Mühe, die beiden Parteien näherzubringen. Die Unternehmer leisteten diesem Rufe jedoch nicht Folge, sondern wandten sich mit einem Schreiben an die Kartellierung, in dem sie ausführten, daß sie unter Ausschaltung dritter Personen bereit wären, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Diesem Verlangen haben die Arbeitervertreter selbstverständlich Rechnung getragen. Einleitend bemerkte der Sprecher der Prinzipale, daß sie sich von ihren Mandatgebern neue Vollmacht erbellen hätten, worauf der Verbandsobmann, Kollege Pösch, erklärte, daß durch die inzwischen stattgehabte Vertrauensmännerverammlung die Situation noch verschärft worden sei, da nunmehr weitgehende Forderungen gestellt würden. Von Prinzipalseite wurde demgegenüber erwidert, daß trotz der gelagerten Beschäfte auf der Vertrauensmännerverammlung der Gehilfenchaft von höheren Forderungen keine Rede sein könne. „Nun“ bedürfen die eigentlichen Verhandlungen.“ Der Örtlichbestreiter, Herr Emil Siegel, machte den Vermittlungsversuch. Den qualifizierten Arbeitern 50 Proz. und der Hilfsarbeiterchaft 60 Proz. zu bewilligen, während die Spannung zwischen Buchdrucker- und Buchbindergehilfen 10 Proz. betragen solle. Eine Angleichung der Lohnstufen A und B an die Lohnstufe C müßte aber außer Betracht bleiben. Nach Unterbrechung und Wiederaufnahme der Verhandlungen machten die Arbeitervertreter folgenden Vorschlag: für qualifizierte Arbeiter 62 Proz. Erhöhung sofort und weitere 20 Proz. ab 15. November, für die Hilfsarbeiterchaft 72 Proz. sofort und ebenfalls 20 Proz. ab Mitte November, Differenz der Entlohnung der Buchbindergehilfen 5 Proz. weniger vom Buchdruckerlohn. Als weiteres Angebot bezeichneten die Prinzipalsvertreter nun folgenden Vorschlag: Erhöhung der Teuerungszulage von 65 Proz. für qualifizierte Gehilfen, 75 Proz. für die Hilfsarbeiterchaft. Die Buchbindergehilfen erhalten 95 Proz. des effektiven Buchdruckerlohns als Minimum. Neue Verhandlungen Mitte November und die Angleichung der Stufen A und B an die Stufe C wurden jedoch abgelehnt. Mehr zu erringen war den Buchdruckervertretern nicht möglich. Die Frage, ob bei einem Eingreifen des Bundesministeriums mehr zu erhalten gewesen wäre, war problematischer Natur. Deshalb wurde der Prinzipalität erklärt, daß eine einüberulende Vertrauensmännerverammlung aller kartellierten Berufe über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden haben werde. Nach reiflicher Erwägung und Darlegung der beruflichen und wirtschaftlichen Situation durch die Arbeitervertreter haben die Vertrauensmännerverammlungen diesen Abmachungen zugestimmt. Die neuen Löhne der Buchdruckergehilfen, erstmalig ausgezahlt am 5. November, betragen demnach:

	Walters Rufe A:				
	Druckstufe I	II	III	Mieder-Druck	Wien
Minimum	350	400	500	500	500
Bisherige Teuerungszulage	1630	1910	2140	2140	2305
Teuerungszulage ab 31. Okt. 1921	1287	1501	1716	1716	1823
Gesamtmindestbezüge	3267	3811	4356	4356	4628
	Walters Rufe B:				
Minimum	450	500	600	600	600
Bisherige Teuerungszulage	1992	2305	2617	2617	2832
Teuerungszulage ab 31. Okt. 1921	1587	1823	2091	2091	2231
Gesamtmindestbezüge	4029	4628	5308	5308	5663
	Walters Rufe C:				
Minimum	500	600	700	700	700
Bisherige Teuerungszulage	2387	2733	3144	3227	3425
Teuerungszulage ab 31. Okt. 1921	1877	2166	2499	2553	2681
Gesamtmindestbezüge	4764	5499	6343	6480	6806

Die Vertreter der Wiener Tageszeitungen und der in den Wiener Zeitungsdruckerereien beschäftigten Ar-

ranke, nicht einmal eine Wahrscheinlichkeit. Es ist im Gegenteil leider zu befürchten, daß binnen kurzer Zeit eine wesentliche Verschlechterung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eintreten wird. Die katastrophale Verschlechterung unser Valuta wird die Einführung von Rohstoffen mehr und mehr unmöglich machen; die Folge ist Stilllegung von Betrieben und umfangreiche Arbeitslosigkeit, von der selbstverständlich auch das Buchdruckgewerbe betroffen wird. Diese Ausblicke machen ein Festhalten an der jetzigen Lehrlingskalk zur gebieterischen Notwendigkeit.

Der größte Teil der Gehilfenanträge stammt schon aus früheren Sagenen; ich will deshalb nur auf die wichtigsten, die beiden ersten, eingehen: Kündigung des bis zum 31. Dezember 1921 geltenden Lohnabkommens und Neu-reglung desselben sowie Verdopplung des Maschinen-lehrlingszulags. Die Erledigung dieser beiden Punkte wird eine äußerst harte Nuss für den Tarifausschuss sein. Bei der augenblicklichen sprunghaften Steigerung der Preise für alle Lebensnotwendigkeiten ist natürlich schwer zu sagen, wie hoch eine neue Zulage sein muß, die auch nur für eine kurze Zeit den tatsächlichen Verhältnissen gerecht wird. Und damit komme ich gleich zu der zweiten Schwierigkeit: auf wie lange Zeit soll ein neues Lohnabkommen abgeschlossen werden? Das bisherige Verfahren beizubehalten, ist unmöglich. Es ist undenkbar, unter den jetzigen Verhältnissen ein Abkommen wieder auf drei Monate abzuschließen. Ebenfalls undenkbar ist es aber auch, den Tarifausschuss etwa alle vier Wochen einzuberufen. Es müssen also neue Wege der Lohnregulierung gesucht werden.

Da bieten sich zunächst zwei Möglichkeiten. Entweder man greift zu der gleichzeitigen Lohnkalk, trotz aller Bedenken, die gegen dieses System bestehen. In Nr. 117 des „Korr.“ ist die Frage eingehend behandelt worden. Oder aber der Tarifausschuss legt eine Kommission ein, die von Monat zu Monat die Löhne festzusetzen hat. Ob diese Kommission nun ähnlich wie bei der Lohnzulagsregulierung im Mai 1921 aus den Kreisvertretern, wenigen Organisationsvertretern und Vertretern des Tarifamtes besteht (dies würden immer noch mehr als 30 Personen sein), oder ob sie noch kleiner zusammengefaßt wird, ist gleichgültig. Die Hauptsache ist, daß eine schnellere Anpassung der Löhne an die ständig steigenden Preise aller Lebensmittel und Bedarf artikell erreicht wird.

Die Verdopplung des Maschinenlehrlingszulags ist eine Notwendigkeit, sie hätte schon in der vorigen Sagen erfolgen müssen. In der Vorkriegszeit hatten die Maschinenlehler einen Zuschlag von 25 Proz. auf das Handlöhnerminimum. Jetzt beträgt dieser Zuschlag etwa 7 bis 8 Proz. Aber die Notwendigkeit des Zuschlages ist so viel gesprochen und geschrieben worden, daß sich jedes weitere Wort in dieser Richtung erübrigt. Da bei weiter steigenden Löhnen das Verhältnis zwischen Handlöhner und Maschinenlehlerlohn sich immer mehr zuungunsten des letzteren gestaltet, ist es angebracht, von den jetzt geltenden festen Sätzen abzuleihen und wiederum einen Prozentsatzzuschlag festzusetzen, dann wäre auch für die Zukunft vorgesorgt. Die Aufgabe des Tarifausschusses wäre also jetzt Erledigung der kleineren Punkte:

1. Festsetzung eines Gesamtlöhns, der einigermaßen der jetzt geltenden Teuerung entspricht (eine Summe wage ich gar nicht zu nennen, da man ja heute nicht weiß, was für Preise in zehn Tagen herrschen);
2. Schaffung von Maßnahmen, die eine schnellere Anpassung der Löhne an die Preise ermöglichen (Bildung einer Kommission usw.);
3. Verdopplung der Maschinenlehrlingszulage bzw. Festsetzung eines prozentualen Zuschlages auf das Handlöhnerminimum.

Buchdruckerlöhne — Löhne anderer Berufe

In den Verhandlungen des Tarifausschusses sind die Löhne anderer Berufe mit in Erwägung gezogen worden. Ich bin der Ansicht, daß kein Grund vorhanden ist, unsere Löhne danach zu richten. Es steht fest, daß Berufe, die mit ihren Löhnen an der Spitze stehen, nicht damit auskommen, diejenigen in der Mitte ebenfalls nicht, und die an letzter Stelle stehen, erst recht nicht. Also ist es gar nicht nötig, sich mit Statistikern, Fragebogen usw. in dieser Beziehung aufzuhalten. Unsere Löhne müssen unbedingt den jetzigen Teuerungsverhältnissen angepaßt werden. Löhne anderer Berufe sind für uns nicht maßgebend, denn kein Arbeiter, möge er einen Beruf haben, den er will, kommt mit seinem jetzigen Lohn aus.

Unter jetziger Lohn langt kaum zum Kaufe für Lebens-mittel. An Beschaffung von Kleidung, Bedarfsartikeln für den Haushalt usw. ist gar nicht zu denken. Hier kostet z. B. Margarine pro Pfund 34, Fett 42, Erbsen 4,80, Linsen 8, Reis 6, Nudeln 8, Mehl 6,50 Mk. und mehr, Kartoffeln pro Zentner 110 Mk., im einzelnen 1,26 Mk., Markenbrot 7 Mk., markentreies 12 Mk. Und noch nicht genug damit: alles soll noch teurer werden. Hinzu kommen noch die unbedingt nötigen Ausgaben für Steuern, Seizung, Licht, Miete, Schulbücher und Schulbedarfs-artikel für unsere Kinder.

Die Herren Prinzipale mögen einmal darüber nachdenken, was bei den heutigen Verhältnissen der Haushalt einer lechschöpfigen Familie kostet und dann demgegenüber unsern Lohn betrachten. Sie müssen zu dem Schlusse kommen, daß mit dem Gelde nicht auszukommen ist. Wie viele Prinzipale gibt es, die gar nicht wissen, was Margarine (Naturbutter) ist für uns schon lange ein Fremdwort, Fett, Linsen, Erbsen, Bohnen usw. eigentlich kosten! Also, wir müssen unbedingt Löhne haben, die sich in Wirklichkeit nach den heutigen Teuerungsverhältnissen richten. Die Löhne anderer Berufe gehen uns gar nichts an. M. R.

beiter haben nachstehende Vereinbarungen getroffen: Die Unternehmungen erklären sich bereit, sämtlichen Personen der Gruppen A, B und C, welche dem vereinbarten, ab 4. Juli 1921 gültigen Lohnstarif unterliegen, eine weitere wöchentliche Steuerungszulage von 65 Proz. von den derzeitigen Gesamtmindestgehältern, das ist vom Minimallohn, Steuerungszulagen und Nachzuschlag mit Rückwirkung vom 31. Oktober d. S. zu gewähren. Berechnende Geſetzer sind bezüglich der weiteren Steuerungszulage den Maschinenführern gleichzustellen. Hinsichtlich der verschiedenen, nicht in die Lohnsummen fallenden Bezüge der einzelnen Kategorien wurde festgelegt, daß keine Erhöhung zu erfolgen hat. Ausgenommen sind etwaige Überstunden des Expeditionspersonals Sonntag nach 6 1/2 Uhr morgens. Von den neuen Steuerungszulagen gelten bei allen in der Nacht beschäftigten Kategorien der Gruppe A und B 1000 Kr., bei der Gruppe C 500 Kr. als Erhöhung des bisherigen Nachzuschlags.

Tschechoslowakei. Einen hohen Grad gewerkschaftlicher Opferwilligkeit haben die Buchdrucker Böhmens anlässlich ihrer letzten Lohnbewegung bekundet. Sie nahen einen Beschluß, nach dem sämtliche Kollegen verpflichtet sind, die neue Steuerungszulage in ihrer vollen Höhe für zwei Wochen zur Stärkung der Verbandskasse abzuliefern. Die Verhandlungen über die neue Steuerungszulage konnten nur durch das Eingreifen des Ministers für soziale Fürsorge zum Abschlusse gebracht werden. Die Parteien selbst waren nicht zu einer Einigung über das finanzielle Ausmaß gekommen. Die Steuerungszulage beträgt in der höchsten Lohnklasse für die teuersten Orte 20 Kr. wöchentlich.

Polen. Die im Verlage der Thorner Druckerei „G.“ erscheinende „Thorner Zeitung“ sah sich genötigt, mit sofortiger Wirkung den Verkaufspreis für die einzelne Nummer von 10 auf 15 Mh. zu erhöhen. — Die beiden deutschen Zeitungen in Lodz koflen im Straßenverkaufe 30, an Sonntagen 40 Mh., das Monatsabonnements 700, mit Zustellungsgebühr 800 Mh. Die achtgepagelte Nonpareillezeitung kostet 40, die viergepagelte im Reklamehefte 200 Mh., eine ganze Seite 5000 Mh., eine halbe Seite 2600 Mh. usw. Auf Auslandsabonnements kommt ein 100prozentiger Zuschlag.

Großbritannien. Nach der Niederlage der Gehilfen im Kampf um den Lohnabbau im englischen Buchdruckgewerbe ist jetzt in Buchdruckereien eine bemerkenswerte Stille eingetreten, die an Teilnahmslosigkeit grenzt. Die riesenhafte allgemeine Arbeitslosigkeit in ganz England trägt nicht am wenigsten zur gewerkschaftlichen Entmutigung bei. Die Lösung des Problems bleibt daher die dringendste Aufgabe der Gewerkschaften. Seit hundert Jahren war die Wirtschaftslage Englands nie eine so traurige wie heutzutage. Der kommende Winter verschärft sich, und die Arbeiter können keine Arbeit finden. Die Frage, was die Arbeiter tun sollen, ist für sie eine dringende. Die Gewerkschaften sind in der Lage, die Angelegenheiten der Arbeiter zu verzeichnen.

Was die Lage im englischen Buchdruckgewerbe angeht, so kann von einer kleinen Verbesserung in der Nachfrage nach Drucksachen berichtet werden. Das hängt zum Teil mit dem lebhafteren Weihnachtsgeschäft zusammen, außerdem ist im Winter stets eine Verbesserung auf dem Büchermarkt zu verzeichnen. — In Irland haben die Prinzipale ebenfalls die ersten Schritte unternommen, um einen Lohnabbau zu erreichen. Sie fordern eine allgemeine Lohnherabsetzung von 10 Schilling wöchentlich. Diese Forderung wurde der Typographical Association kürzlich unterbreitet, die sie jedoch rundweg ablehnte. Vorherhand wird von den Prinzipalen daraufhin kaum etwas zu erwarten. Die politischen Zustände in Irland sind zu unsicher, als daß von Unternehmerseite ein Tanzchen auf dem Lohngebiete gewagt werden könnte.

Im englischen Zeitungsgewerbe bildete das Jubiläum des 150jährigen Bestehens der „Morning Post“ ein Ereignis. Die Welt der Londoner Zeitung, die in konservativen Kreisen sehr verbreitet ist, erwies sich ihren Gehilfen gegenüber immer als entgegenkommend. Das politisch bedeutsame Organ der unabhängigen Liberalen „Westminster Gazette“ erscheint nicht mehr als kleine Abendzeitung, sondern begann am 7. November ihre neue Laufbahn als große, erstklassige Londoner Morgenzeitung. Vom gewerblichen Standpunkte betrachtet, bildet dieses ein hoffnungsvolles Ereignis für die Londoner Kollegen. Im großen und ganzen sind die Arbeitsbedingungen der in Zeitungsbetrieben Beschäftigten ziemlich vorteilhaft, jedenfalls weit besser als die der übrigen Buchdrucker, die an der Last der Staubhitze in Sandel und Gewerbe viel schwerer zu tragen haben.

Amerika. In erstickendem Gegenſatz zu dem fortwährenden Geschrei nach Lohnabbau steht die Ansicht eines vernünftigen Unternehmers der General Electric Company, der sich, der deutsch-amerikanischen „Buchdruckzeitung“ zufolge, über den stilligen Punkt äußerte: „Sohe Löhne sind die ökonomischste Sache in der Industrie. Die Arbeiter sollten ein Mehr über die bloßen Lebenskosten erhalten, sonst gibt es keinen Fortschritt zu höherer Zivilisation. Bessere Maschinen, bessere industrielle Leitung, erhöhte Tüchtigkeit der Arbeiter, neue Erfindungen, Verrichtung der Arbeit in größeren ökonomischen Einheiten sollten dieses Problem lösen. Immer nur danach zu streben, die Löhne zu reduzieren, ist kupid, überlebensfähig für das Publikum und mit dem Gebahren des Mannes zu vergleichen, der die Nahrung seines Herdes bis auf ein Bund Stroh herunterbrachte, um es dann vor Hunger sterben zu lassen. Wenn ihr für Löhne von 10 Cents pro Tag Interesse habt, so verlegt euer Gesicht nach China und geht bankrott.“

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. Laubstummle Kollegen im Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, so nennt sich eine Vereinigung, die regelmäßig alle Monate die Berliner laubstummle Verbandskollegen zu einer Versammlung zusammenführt. Am 23. November kann sie auf ihr zweijähriges Bestehen zurückblicken. Es ist Tatsache, daß diese Versammlungen den gebürtigen Kollegen zu Nutzen und Segen gereicht haben, denn in jeder Versammlung erhaltet Kollege Fränkel (Charlottenburg) als Vertreter des Vereines der Buchdrucker und Schriftsetzer regelmäßig Berichte über Bezirksversammlungen, über unsere Organisation, ihre Kämpfe und über die gegenwärtige Situation usw. Die Versammlungen werden vom Kollegen Alfred Womann als Obmann geleitet, dessen Aufgabe ferner noch ist, die Interessen der gebürtigen Kollegen sorgfältig wahrzunehmen, darüber zu wachen, daß ein jeder in unserm Verband organisiert ist, und daß ein jeder gebürtige Kollege die gleichen Rechte und Pflichten genießt wie die hörende Kollegenſchaft. Ferner soll der Obmann bemüht sein, alles daran zu setzen, daß sich in jedem Gau unres Verbands die laubstummle Kollegen reiflos zusammenſchließen. Um dies zu erreichen, muß vorerst eine Statistik ausgearbeitet werden, die alle Laubstummle bzw. erlaubte Buchdrucker, Schriftsetzer, Stereotypenre, Schriftsetzer und Schweizerdegen sowie auch die Lehrlinge erfaßt. Dabei werden diese Kollegen im eigenen Interesse dringend erucht, ihre genaue Adresse unter Angabe der Firma und des Berufsfaches sowie der Hauptbuchnummer des Verbandes (auch wenn nicht organisiert), sofort bei dem unterzeichneten Obmann einzureichen. Jeder Verbandsmitglied wird kollegial gebeten, seine laubstummle Mitkollegen auf diese Zeilen besonders hinzuweisen. — Unre Generalversammlung findet am Sonntag, dem 27. November, nachmittags 4 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderstraße 44, statt, wozu das Erscheinen aller Laubstummle bzw. erlaubten Kollegen Ehrenpflicht ist. Die Adresse des Obmanns, Kollegen Alfred Womann, lautet: Berlin O 112, Frankfurter Allee 296, bei Grogoren.

Bremen. In der Bezirksversammlung am 3. November bildete der Vortrag unres Gauvorſtehers Zicherp über „Die Lage im Buchdruckgewerbe“ den Hauptgegenstand der Tagesordnung. Redner hielt in Anbetracht der fast aller vier Wochen stattfindenden Tarifverhandlungen örtliche Streiks als für keinesfalls angebracht, da selbige nur zerstückelt wirken und die Strohstark des Verbandes lähmen. Die Zeiten ſchreien förmlich danach, daß wir uns enger und enger zusammenſchließen, da wir ökonomischen Verhältnissen entgegengehen und die Unternehmern sich nicht an die hohen Löhne gewöhnen können, was uns mit den übrigen Gewerkschaften in Konkurrenz bringt und alles das uns zuzumuten, was uns in die Hände bringen will. In dem Vordergrund der anschließenden Debatte stand ein vom Ortsvereine Viesfeld ausgehender Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung. Die Besirvorſter des Antrags vermochten jedoch die Mehrheit der Versammlung nicht für die Sache zu gewinnen und der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Döbeln. Die diesjährige Herbstversammlung des Bezirks Döbeln fand am 20. Oktober im landschaftlich herrlich gelegenen Leisnig statt. Anwesend waren die Kollegen aus Döbeln, Rohwein, Nossen, Siebenlehn und Leisnig. Jedoch hätte der Besuch ein besserer sein können. Zu der Versammlung, dessen Leitung in den Händen des Kollegen Steglich (Rohwein) lag, war als Referent der zweite Gauvorſteher Baummeister (Dresden) erschienen. In seinen Ausführungen über „Weltwirtschaftliche Zeit- und Streitfragen“ wühlte er den Ernst der Lage den Anwesenden deutlich vor Augen zu führen und ermahnte für die Zukunft zu festem Zusammenhalt. Seinen Ausführungen wurde durch Beifall Dank geollt. Zu Punkt „Bezirksangelegenheiten“ fand u. a. eine Aussprache darüber statt, daß zur nächsten Generalversammlung unbedingt ein Vertreter des Bezirks Döbeln gestellt werden soll, um auch die Provinz mitvertreten zu sehen. Des weiteren wurde eine Aussprache gepflogen, den vom Gau Dresden beantragten Ertrahbeitrag als Kampffonds in Höhe von 5 Mh. abzulehnen, mit der Begründung, daß derartige Maßnahmen vom Verbandsvorstand ausgeben müßten. Nach Erledigung weiterer kleinerer Anfragen wurde die Versammlung nach vierstündiger Dauer geschlossen.

Dortmund. In der Bezirksversammlung am 6. November wurde nach Erledigung der geschäftlichen Tagesordnung eine Aussprache über die jüngsten Ereignisse auf tariflichem und organisatorischem Gebiete gepflogen. Nachdem Vorsitzender Schippers in Verbindung mit diesem Thema einen Bericht von der letzten Kreisamtsitzung erfaßt hatte, wurde nach kurzer Diskussion eine Resolution einstimmig angenommen, die den Gehilfenvertreter und den Verbandsvorstand auffordert, in Folge der sprunghaften Steigerung die schleunigste Einberufung des Tarifausschusses zu veranlassen, um der bitteren Not der Gehilfenſchaft zu steuern.

Dresden. Den Bericht über die letzte Gauvorſteherkonferenz erfaßte in der Versammlung am 2. November Kollege Freitag. Der große Saal des „Gewerbehauses“ war gut besetzt. Redner ergänzte den bereits veröffentlichten Bericht im „Korr.“, schilderte eingehend die Schwierigkeiten, welche der Organisation zum Schaden der Allgemeinheit unrer Kollegen durch die einzelnen lokalen Bewegungen entstanden sind. Trotz

alldem müſſe festgehalten werden, daß die Prinzipalsvertretung durch für unfolioses Verhalten die eigentliche Ursache dieser bedauerlichen Erscheinungen sei. Redner machte schließlich die Verſammlung mit den Beſchlüssen der Gauvorſteherkonferenz bekannt, betonte jedoch, daß uns nur eierne Mühsal und ein geschlossenes Ganze vorwärtsbringen könnten. In der Aussprache stellte man sich im allgemeinen hinter die Gehilfenvertreter, indes das Ideal eines Industrieverbandes für sämtliche Betriebe als Mittelmittel und wünschte einen sofortigen Minimallohn von 10 Mh. Schließlich wurde folgende Entschlebung gegen eine Stille angenommen: „Die Verſammlung erklärt sich mit den Beſchlüssen der Gauvorſteherkonferenz einverstanden und ernaltet Durchführung der gefaßten Beſchlüsse.“ Ein Antrag Schiller wünschte die Erhebung eines wöchentlichen Sonderbeitrags von mindestens 10 Mh. zwecks Verwendung bei Lohnbewegungen. Da die Entschlebung dieses Beitrags aus Zweckmäßigkeitsgründen auf den ganzen Gau ausgedehnt werden müßte, hatte sich der Vorstand vorher an die Gauorte gewandt, um ihre Meinung zu hören. Dabei waren aber nur 5 Mh. als Grundlage genommen worden. Das Resultat fiel jedoch negativ aus, da sich nur etwa der fünfzehnte Teil der Mitglieder im Gau für diesen Sonderbeitrag erwärmen konnte. Auch die Dresdener Verſammlung lehnte nicht nur den Antrag, sondern auch seine Weitergabe an den Verbandsvorstand ab.

Duisburg. Aus Anlaß der jetzigen Situation im Gewerbe hatte der Vorstand zum 1. November eine außerordentliche Versammlung einberufen, die sich eines guten Besuchs erfreute. Kollege Feuer berichtete über die Kreisamtsitzung in Köln vom 26. Oktober, die von Prinzipalsseite gefordert war, um zu den Sonderaktionen der Beſchlüssen an einzelnen Orten, insbesondere zu dem letzten Vorgehen der Maschinenſetzer, Stellung zu nehmen. Redner verurteilte in klaren Worten die wilden Bewegungen und mahnte eindringlich, jetzt endlich Ruhe zu halten, damit die Tüchtigkeit der Gehilfenvertreter nicht ganz lahmgelegt und die Position der Prinzipale nicht noch mehr gestärkt würde. Die Debatte, die erfreulicherweise ruhig und sachlich verlief, ergab, daß die Handſetzerkollegen im allgemeinen wohl das pöbliche Vorgehen der Maschinenſetzer verurteilten; hätte man aber die Sache gemeinsam „geschmissen“, wäre man wohl damit einverstanden gewesen. Schuld an dem ganzen Wirrwarr in der Arbeiterbewegung, so wurde wiederholt gesagt, sei die völlig unzureichende Entlohnung bei der heute ins Wahnsinnige gehenden Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse. Aber in Anbetracht der in Kürze stattfindenden Tarifausſchussverhandlungen ist die Duisburger Kollegenſchaft gewillt, auch weiterhin Ruhe zu halten. Die Maschinenſetzerkollegen verteidigten ihr Vorgehen lebhaft, weil ihr Antrag auf 100prozentige Erhöhung des Maschinenſetzerzuschlags bei der letzten Tarifausſchussſitzung nicht zur Verhandlung gekommen sei. Nachdem schließlich die Sache erledigt war, wurde die Besirvorſter der Bezirksversammlung in Duisburg alles „darüber“ wühlte, dem Auftrag zum Gange zu verhalten, geben sich auch die Maschinenſetzer, wenn auch mit lässiger Miene, zur Eide. Anmerkung des Schriftführers: Hier im Westen und wohl auch im übrigen Reiche gärt es seit einiger Zeit sehr stark unter der Arbeiterſchaft. Wenn die herrschenden Gewalten, Regierung wie Arbeitgeber, keine Maßnahmen ergreifen, um der Auslaugung des Volkes Einhalt zu tun, können sie vielleicht wieder sehr unliebbare Dinge erleben. Das Wucher- und Schieberum feiert Orgien, wogegen mit löblichen Aufſätzen und Worten nicht anzukämpfen ist. Wenn der Arbeiter sich trotz intensiver Arbeit nicht einmal das Nötigste für seinen Lebensunterhalt erwerben kann, so verliert er die Freude am Schaffen und mancher verliert auch den Glauben an eine bessere Zukunft überhaupt. Die ständigen Sorgen rauben ihm auch alle Lust zu irgendeiner Tätigkeit für Organisaſion und Partei. Der beste Beweis dafür ist die Wahlmüdigkeit. Erstreckend gering war die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten bei den Wahlen der letzten Zeit. Auf der anderen Seite sieht der Arbeiter die Masse der Schmarohler, die bei höchstem Nichtstun ein Schlemmerleben führen. Aber das sind alles Tatsachen, die schon lautenbach angeſchrien sind. Die Bürgerlichen rühren sich nicht, um die Verhältnisse zu beſſern, das Unternehmertum ſieht sich stärker denn je. Darum müſſen unrer Vertreter mächtiger denn je ihre Stimmen erheben, damit endlich die schönen Verſprechungen leitens der Regierungen usw. zur Tat werden.)

Düsseldorf. Am 5. November beging die hiesige Firma R. Schwann, Drucker und Verlag, ihr 100jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß war eine vornehm ausgestattete Feſtſchrift erschienen, die eine Uebersicht über die Entwicklung des Hauses gibt sowie einen über den ganzen Produktionsbetrieb unterrichtenden Gang durch die verschiedenen ausgeſchiedenen Abteilungen der Buchdruckerei mit Großbuchbinderei, Lithographie usw. enthält. Außerdem war ein Jahrbuchkatalog der rund 8000 bisher im Schwannſchen Verlag erschienenen Werke herausgegeben worden. Am Vormittag des Tages wurde im Weſten des gefamten Personals und der Familie Francken, die seit mehr als 30 Jahren Inhaberin der Firma ist, eine ſtimmungsvolle Feſtfeier im Betrieb abgehalten. Nach deren Schluß wurden jedem Arbeiter und Angestellten die Feſtſchrift und ein Geldgeschenk (der nach oben abgerundete halbe Wochenlohn) ausgehändigt. Das Personal überreichte dem derzeitigen Geſchäftsinhaber, Dr. S. C. Francken, eine vom Kunstgewerbe und Majolikaſteller Reinhold Bauer im Gutenbergsstil kunstvoll ausgeführte Jahrbuchendradresse.

—ch. Hannover. Am 31. Oktober fand im großen Saale des „Volksheims“ eine sehr gut besuchte Ver-

sammlung Katt. in welcher unser Gauvorsitzer Dingmann in ausführlicher Weise über die letzte Gauvorsitzerkonferenz Bericht erstattete. Derselbe war hauptsächlich deshalb einberufen, um zu dem zehnjährigen Jubiläum einiger Mitgliedschaften und Sparten Stellung zu nehmen. Nebenbei betonte besonders, daß durch derartige öffentliche Bewegungen der Allgemeinheit durchaus nicht gedient sei, die nur das Ansehen der Organisation schädigen und die Vertrauenskreise des Verbandes zweifelhaft erscheinen lassen. Er empfahl den Kollegen die Weigerung und Verfolgung des Ausstufers der Gauvorsitzerkonferenz. In der Aussprache verurteilte man zwar das öffentliche Vorgehen, ohne vorher alle Instanzen angerufen zu haben, konnte es aber wohl verstehen, wenn durch die sprunghafte Verleuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel einerseits und das wenig lokale Verständnis unserer Prinzipalität andererseits der Gebührende der Gebillten endlich reißt. Auch wurde mehr Mitbestimmungsrecht und bei wichtigen Beschläffen Urabstimmung verlangt. Folgende Entschlüsse sind einstimmig angenommen: „Die Hannoverische Bezirkskommission steht auf dem Standpunkte der zentralen Regelung des Arbeitsverhältnisses. Sie erwartet aber von den Tarifinstanzen eine bessere Beweglichkeit, damit schneller als bisher der Lohn der forschreitenden Teuerung angepaßt wird, zumal auch jetzt wieder der Gehaltsschritt die Vertragsstreue durch das zugehörige Verhalten der Prinzipale außerordentlich erschwert wird. Von der Zukunft erwartet die Hannoverische Bezirkskommission solches Jahr für Jahr der Novemberrate sowie den baldigen Zusammentritt des Tarifausschusses zwecks Anpaßung der Löhne an die seit der letzten Sitzung wesentlichen Preissteigerungen der Waren.“

Seide. Ihre Bezirksversammlung fand am 30. Oktober in Huhum Katt. Anwesend waren 57 Kollegen aus acht Druckorten; seither waren verschiedene kleinere Druckorte nicht vertreten, was bei solch bewegter Zeit sehr zu bedauern ist. Gleichzeitig fand eine Besprechung der Seidenfabrikanten, die von 13 zukünftigen Gubenbergjüngern besucht war. Kollege Lorenz (Katt) hielt einen der heutzutage angepaßten Vorträge: „Die gegenwärtige Lage“, der aufmerksame Zuhörer fand. Die tariflichen Verhältnisse im Bezirk sind als gute zu bezeichnen. Als Überbrücke gab der Hulmer Gemischter Chor einige wohlbedingene Vorträge zum besten, wofür auch an dieser Stelle sowie den beteiligten Hulmer Kollegen nochmals herzlich gedankt wird. Die nächstjährige Bezirksversammlung findet in Seide Katt. und zwar in Verbindung mit dem 20-jährigen Jubiläum des Ortsvereins.

W. Strichberg i. Schl. Die Bezirksversammlung am 16. Oktober war von 67 Mitgliedern besucht. Die Mitgliederzahl ist seit April um 12 (auf 165) gestiegen. Die Berichte aus den Bezirken ergaben, daß die neuen tariflichen Lohnverbesserungen glatt Eingang fanden. Der Vortrag des Gauvorsitzers Fiedler (Breslau) über „Tarifliche und organisatorische Fragen“ fand Beifall und löste eine Debatte aus, die eine Resolution zollte, in der gefaßt wird, daß die Verarmen von den letzten erreichten Zulagen nicht voll befreit sind und hoffen, daß der Verbandsvorstand bald erneut Verhandlungen einleiten wird, um die fortschreitende Verteuerung auszugleichen. Seit der letzten Bezirksversammlung beantragen die Kollegen Hilbig und Wedemeyer ihr 25-jähriges Jubiläum. — Der hiesige Gesangsverein „Gutenberg“ hat nach längerer Pause seine Tätigkeit unter einem neuen Dirigenten wieder aufgenommen.

Karlsruhe. Die Karlsruher außerordentliche Mitgliederversammlung am 3. November nahm das Referat des Vorstehenden M. Maier über die Kreisamtsführung und über die Verhandlungen mit der Prinzipalität, ferner den Bericht von der Bezirksvorsitzerkonferenz entgegen. Der Vorstehende der Kreisamtsführung lehnte ein Eingehen auf unsere Forderungen, die auf der Tagesordnung standen, aus formalen Gründen ab, er hielt die Leitung für nicht kompetent. Unser Antrag auf Gewährung einer Grenzzulage war rechtsseitig zur letzten Tarifauschüttung gestellt, hat aber nicht mehr zur Beratung. Die Folge der Stellungnahme der Kreisamtsführung war das Verlangen nach lokalen Verhandlungen, die auch neun Tage später stattfanden. Das Ergebnis einer paritätischen Kommission in Anwesenheit des Prinzipalskreisdirektors und Bezirksleiters des Kreises IV war eine Aufbesserung der Löhne in Klasse C für Ehefrauen 20 Mk., Ledige 15 Mk., Klasse B 15 und 10 Mk.; Klasse A 10 Mk. und Neuausgelernte 5 Mk. pro Woche, zahlbar in der ersten Novemberwoche. Die Versammlung erkannte zwar die Bemühungen des Vorstandes um eine Besserstellung an, konnte jedoch das Erreichte auch nicht einigermassen als Ausgleich der täglich, ja stündlich steigenden Teuerung betrachten. Im Interesse des Ganges wurde jedoch den Abmachungen zugestimmt. In Hinblick auf die aussergewöhnlichen Verhältnisse, unter denen der Gau als Grenzland zu leiden hat, beschloß die Bezirksvorsitzerkonferenz, eine gestaffelte Sonderzulage für den Gau zu fordern, wobei von der Versammlung erwartet wird, daß keine lange Sanktionierung erfolgt. Die niedrige Valuta und der dadurch bedingte Aufkauf in den Grenzorten und weit im Lande selbst erschwert eine geordnete Lebenshaltung bei der zu geringen Entlohnung gegenüber der Teuerung ganz ungemein. Dem Verlangen nach Abhaltung eines Gau-tages, und zwar vor der Generalversammlung des Verbandes, wurde zugestimmt, jedoch mit Rücksicht darauf, daß seit 1913 kein Gau-tag mehr stattfand und die übrigen der Erledigung harrenden wichtigen Punkte einer gründlichen Aussprache bedürfen.

Katt. (Schleswig-Holsteinischer Maschinenmestertag.) Von dem Vorstehenden geleitet, in sämtlichen

Druckereien untes Gaues dem 8. 72 des Tarifs Stellung zu verhandeln, und sämtliche Druckerkollegen, auch die der kleinen Druckerei, unserer Sparte zuzuführen, hatten die Maschinenmestertage Flensburg, Neumünster und Kiel am Sonntag, den 2. Oktober, nach Kiel einen Schleswig-Holsteinischen Maschinenmestertag einberufen. Unsere Hoffnungen wurden erfüllt; waren doch unserm Ziele Kollegen aus fast allen Orten unfer Provinz, sogar den kleinsten Druckereien, gefolgt. Wir sind mit dem Erfolge zufrieden, Sonnabend, den 1. Oktober, trafen bereits viele auswärtige Kollegen in Kiel ein und konnten in Freitagvormittag untergebracht werden, die die Kieler Kollegen in Lebenswüßiger Weise gestellt hatte. Dafür sei den Kieler Kollegen hier gedankt. Ein gemüßliches Besprechungsamt im Besprechungsamt des Vorabends. Der Maschinenmestertag am Sonntag wurde eingeleitet mit einer Beschlusse der Druckerei „Kleiner Neueste Nachrichten“. Die Firma hatte in Lebenswüßiger Weise uns Gelegenheit gegeben, die Stereotypie (automatische Rotationsmaschinen) und die Sechsmaschinenabteilung des Kollegen in Betrieb zu setzen. Vielen Provinzkollegen wurde so Einblick in manches Neue geboten. Nach einem gemeinschaftlichen Mittagessen begann um 1 Uhr die eigentliche Tagung. Mit einer Begrüßungsansprache des Vorstehenden des Kieler Maschinenmestertages wurde die Tagung eröffnet. Die Vertreter des Gauvorsitzenden, des Ortsvereins Kiel, der Typographischen Gesellschaft Kiel und der Maschinenmestertage Schleswig-Holsteins überbrachten Grüße und wünschden der Tagung vollen Erfolg. Zum Hauptpunkt unfer Tagesordnung: „Die Sparten und ihre Bedeutung für die Gesamtorganisation“, erhielt der stellvertretende Vorstehende unfer Zentralkommission, Kollege Dr. Niermann (Berlin), das Wort. In anderthalbstündigem Vortrag entzählte sich Redner in trefflichster Weise der gestellten Aufgabe, und es war nur eine Meinung vorhanden, über solch einen Vortrag zu hören. Punkt 2 der Tagesordnung: „Die verwirklichen wir den letzten Zusammenkunft aller Spartenkollegen?“ ergab eine rege Aussprache. Es wurde dann folgender Antrag angenommen: „Es sind Maschinenmestertage Bezirksvereine zu gründen in der gleichen Weise wie die Gaubezirke. Vorort wird der betreffende Bezirksvorort.“ Zum Bedauern aller war die Zeit der Feiertage infolge der umständlichen Bahnverbindung zu nahe gerückt. Mit einem herzlichen Appell an die Versammelten, freu zur Sparte und zum Verbands zu stehen, schloß der Vorstehende den Maschinenmestertag. — Abends fand noch ein gemüßliches Besprechungsamt mit Damen Katt., bei welchem die Stimmung auf „Friedenszeit“ lag.

Leipzig. (Maschinenmestertag.) Ihre Vereinigung belohnte sich in ihrer am 9. Oktober abgehaltenen Versammlung mit dem Ergebnis der letzten Tarifverhandlungen. Nach einem Vortrage des Vorstehenden D. Malsch über „Das neue Lohnsystem“ folgte eine äußerst ergiebige Diskussion, in der der hiesige Kollege über die neuen Abmachungen zum Ausdruck gebracht wurde. Für die Maschinenmestertage hätten die Herren Prinzipale nichts übrig. Obwohl unser Zuschlag zum Handbegrüßungsumsatz nur noch um 1/2-7 Proz. betrage, bequeme man sich nicht, einen Ausgleich zu geben, damit wir uns unsern früheren Sätze von 25 Proz. nähern. Der Vorstand sollte folgenden Antrag, der einstimmig angenommen wurde: „Unbeschadet unfer prinzipiellen Forderung eines 25-prozentigen Zuschlages zum tariflichen Minimum fordern wir als Übergangsstadium eine Festsetzung der Maschinenmestertage zum Gesamtsatz in demselben Verhältnis, in dem sich mit Einführung des neuen Tarifs der Maschinenmestertage zum Grundlohn befand, also auf rund 15 Proz.“ Es folgte noch ein kurzer Bericht über den Bildungsverband und die Beschäftigung technischer Neuerungen.

Münchener. Ihre diesjährige Bezirksversammlung fand am 30. Oktober hier Katt. Sie brachte außer den allgemeinen geschäftlichen Punkten ein Referat unfer Gauvorsitzers W. H. Müller (Mannover) über: „Die gegenwärtige Lage im Gewerbe“. Er besprach die tariflichen Vorgehen und beurteilte das disziplinierte Verhalten der betreffenden Prinzipale. Allerdings sei die Not wiederum so groß, daß unbedingt eine Aufbesserung des Lohnes zu erfolgen habe, wie denn auch schon wieder dahingehende Verhandlungen aufgenommen seien. Der Wunsch des Referenten, daß die Tarifgemeinschaft bestehen bleiben müsse zum Besten des Gewerbes, war man allgemein, doch dürfte die Tarifgemeinschaft nicht dazu führen, daß die Gebührende dabei hinter andere Arbeitergruppen zurückbliebe. Aus fast allen Orten des Bezirkes war zu hören, daß die Prinzipale diesen Standpunkt auch einsehen und ihren Personalen mehr als den Tarif bewilligt hatten. Bei all den gezahlten besonderen Teuerungszulagen korrieren überall die Gehälter doch derart, daß Arbeitstote selbst in unsern nahen Gauen nicht zu haben sind, und das will etwas sagen. Die Versammlung war der Ansicht, daß ein den heutigen sprunghaften Preissteigerungen entsprechender Lohnzuschlag erfolgen müsse, sie erwartete endlich einmal von der Gesamtprinzipalität das nötige Verständnis für die wirtschaftliche Lage ihrer Gebühnden. Da im nächsten Jahre voraussichtlich zwei Bezirksversammlungen abgehalten werden müssen, die Mittel der Bezirkskassen dafür aber noch nicht reichen, wurde beschlossen, den Beitrag um 15 Pf. zu erhöhen.

Mainz. Am 31. Oktober fand eine gemeinschaftliche Versammlung der Bezirke Mainz und Mosbeden Katt. Die Tagesordnung lautete: „Gewerkschaftliche Aufgaben in der Gegenwart“. Referent war Vorstandsmitglied Albrecht Killo (Berlin). In seinem zweifelhafte Referat ging der Redner auf die

Aufgaben unfer Organisation ein. Das Kapitel Streik fand eingehende Beleuchtung, und mit Recht wurde betont, daß es für die Zukunft aufhören müsse, daß der Verbandsvorstand und die Gauvorsitzerkonferenzen gezwungen würden, durch die Ungebundenheit der Mitglieder die starken vorzellig aufzudecken, da man von unsern Gegnern selten etwas erlaube. Ebenso eingehend besprach Redner die so viel umstrittene Verbringungsordnung. Das Kapitel Gewerblicher Industrieverband wirkelte viel Staub auf und der Redner verstand es ausgezeichnet, hier Licht und Schatten zu verteilen. Starker Beifall war der Lohn für das vorzügliche Referat. Die Diskussion, die sich teilweise in sehr lebhaften Bahnen bewegte, kritisierte das Verhalten des Verbandsvorstandes anläßlich des letzten Streiks in der Frage der Beurlaubung, daß dieser nicht mit den andern sogenannten wilden Streiks auf gleiche Stufe gestellt werden dürfe, weil er aus ganz andern Motiven entspringen sei. Zu einem eigentlichen Schlußwort des Referenten konnte es nicht kommen, da die Zeit schon sehr weit vorgeschritten war und der Saal sich bereits gelichtet hatte. Der Referent verabschiedete sich nur kurz gegen einige Einwände und Unterstellungen. Besonders waren es die Vertreter der Hilfsarbeiter, die dem Referenten etwas untergeschoben wollten, was sich ein pflichtbewußter Funktionär nicht gefallen lassen konnte und was daher unbedingt Zurückweisung erfordern mußte. Zu begrüßen ist ein Bescheid der Gauvorsitzerkonferenz, daß die Mitglieder des Hauptverbandes öfters die Gauen, Bezirke und Ortsvereine bereisen sollen, um dort zu referieren. Dies hätte schon viel früher geschehen müssen, und auch einmal die Stimmung in den einzelnen Mitgliedschaften kennen zu lernen. Der Anwalt gegen Berlin, wie er in letzter Zeit besonders stark zutage tritt, wäre nicht so groß, wenn der Verbandsvorstand mit den Mitgliedschaften etwas mehr in Fühlung geblieben wäre. Manche Ereignisse in den einzelnen Mitgliedschaften wären vom Verbandsvorstand mit ganz andern Augen angesehen worden und hätten sicher eine ganz andre Beurteilung gefunden wie bisher.

G. Neisse. Die Bezirksversammlung am 9. Oktober in Bries war von insgesamt 109 Kollegen besucht, und zwar aus Bries 74, Neisse 13, Oppeln 16, Siegenhals 1, Falkenberg 2, Neustadt 1, Frankenstein 1 und Ottmachau 1. Bezirksvorsitzender Müller begrüßte die Erschienenen und richtete besonders an die Oppelner Kollegen, welche an der letzten Bezirksversammlung wegen Pöbelwörterlichkeiten nicht teilnehmen konnten, frohe Worte des Wiederlebens. Die erstatteten Vorstandsberichte aus den einzelnen Orten waren im allgemeinen nicht erfreulich. So wurde in Bries 13 Wochen verhältlich gearbeitet. Infolge Lohnminderungen der Buchbinder und Hilfsarbeiter wurde das gesamte Personal der Buchdruckerei T. Helme ausgeperrt. Nur einige Angestellte und Werkmeister arbeiten noch. Da die Firma auf Nichtanerkennung des Reichstarifs der Buchbinder besteht, wurden der Firma folgende Bedingungen gestellt: 1. Annahme des Reichstarifs, 2. Einstellung aller Entlassenen, 3. Entlassung der Streiklinge, 4. Entlassung der Streikbrecher. Diese Forderungen erforderte vor vier Wochen. Für die nächsten Tage sind Verhandlungen angelegt, sie haben bei der Fortnächlichkeit der Firma allerdings wenig Aussicht auf Erfolg. Die übrigen Firmen am Orte bewilligten die letzten Zulagen, nur die Firma Berger muß dem Tarifante zum Anschluß empfohlen werden. In Oppeln ist die Arbeitslosigkeit sehr groß. Die dortigen Prinzipale stifteten anläßlich des letzten Johannistfestes der dortigen Gebühnden als Beitrag zum Feste 3500 Mk. In den Orten Neisse, Frankenstein, Neustadt wurden die letzten Zulagen ebenfalls bewilligt. In Neisse soll für die Buchdruckerei Glemmer beim Tarifante der Anschluß beantragt werden. In Ottmachau, wo nur Gubenbergkollegen leben, kennt man keine Ferien. Kollege Müller gab sodann einen kurzen Bericht von der letzten Bezirksvorsitzerkonferenz. In der folgenden Aussprache wurde von fast allen Rednern das letzte Lohnabkommen als ungenügend empfunden. Man einigte sich auf eine Resolution, deren wesentlicher Inhalt bereits unter den „Stellungnahmen“ skizziert wurde. Für die ausgeperrten Kollegen in Bries wurden 1500 Mk. und als Weihnachtsgeschenk für die Witwen von Kollegen 30 Mk. aus der Bezirkskasse bewilligt.

B. Oberndorf a. N. Anläßlich der 100. Wiederkehr des Geburtstages Wilhelm Brandachers, des Gründers des „Schwarzäckerboten“, Oberndorf a. Neudorf (Wirt), am 5. November d. J. machte die Firma an das Gesamtpersonal folgende finanzielle Zuwendungen: Die noch unter dem Gründer tätig gewesenen Mitarbeiter und Witwen solcher erblieten 1000 Mk., die später eingetretenen Verheirateten 500 Mk., die Ledigen 300 Mk., die Witwen gefallener Kollegen 500 Mk. und die Beihilfe 150 Mk. Verbunden mit dieser Feier war die Einweihung eines Denkmals zu Ehren des Gründers und der im Kriege gefallenen Angestellten und Arbeiter. Zum Danke sei diese Notiz der Öffentlichkeit übergeben.

Zittau. In unfer Bezirksversammlung am 16. Oktober berichtete Gauvorsitzer Freitag über die Lohnverhandlungen und die letzte Situation. Er erweiterte seinen Bericht zu einem Vortrag über Gewerkschafts- und Tariffragen im allgemeinen und fand damit die Zustimmung der Versammlung. In der Aussprache konnte man sich mit dem Ergebnis der Einigungsverhandlungen nicht einverstanden erklären. Die Aufstellung von Kandidaten zur Generalversammlung des Verbandes wurde den Bezirken Meissen und Babeln überlassen. Die Berichte aus den Bezirken ergaben, daß die Auszahlung der neuen Lohnsätze reibungslos erfolgt ist.

Rundschau

Kostenloser Betriebshefterkursus. Von der deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft wird voraussichtlich noch dieses Jahr in Schwerte i. Westf. durch Dr. Stallmeyer ein Betriebshefterkursus abgehalten werden. Anmelder nimmt bis spätestens 1. Dezember Buchdruckermeister drei Krüger in Schwerte entgegen. Der kostenlose Unterricht erfolgt an ungefähr zehn Abenden; es wird aber regelmäßiger Besuch zur Bedingung gemacht. Teilnehmen kann jeder, der im Buchdruck- oder Papierverarbeitungsgebiete tätig ist. Näheres ist noch bei der Anmeldung zu erlangen.

Gegen Schmutz und Schwindel. Die Arbeiterlebenzeitungen haben in ihren Anzeigenartikel folgende Bedingung aufgenommen, was allen Verlegern zur Nachahmung empfohlen werden kann: „Anzeigen über Lebensvorsorgung, Heilmittel, ärztliche Fernbehandlung, Kuppelhandel, Gummiartikel, Wabiragen, Astrologie, Kuppel, interessante Bücher und Photographien u. dgl. werden grundsätzlich abgelehnt.“

Zur Wuchererbaffe im Reichstag. Angesichts der grenzenlosen Wuchererei, die bereits die äußersten Auswirkungen in den Lebensmittelumkränzen zeigt, hätte man von der Wuchererbaffe im Reichstag in voriger Woche ein erfolgreicheres Resultat erwarten können. Die sozialdemokratische Interpellation gegen den Wucher mit deutschen Waren wurde allerdings ausgezeichnet begündet. Dabei auch den Reichsparteien ihre maßlose Scheuelei bezeugt, die in einer Anfrage den Schutz des Reallohns fordern, obwohl sie durch ihre Politik diese traurige Lage geschaffen haben. Wo waren aber diesmal in der Diskussion die Christlichen, die sich doch in ihrer Presse und in Eingaben so mächtig in das Zeug legten? Wenn ihr Serum in agrarischen und privatkapitalistischen Kreisläufen spricht, dann sind sie wie auf Kommando sprachlos. Auch demokratische Abgeordnete hatten nicht den Mut, den Gebläse, den sie mit ihrem Eintritt für die vollständige Beseitigung der öffentlichen Bewirtschaftung machten, öffentlich zu bekennen, obwohl sie es hinter den Kulissen oft genug tun. Reichswirtschaftsminister Schmidt erkennt wohl die trostlose Lebenslage des Volkes an und betont, daß richtungslos vorgegangen werden muß gegen den Wucher und die Leute, die aus der Not des Volkes reiche Gewinne machen. Aber sein Bedauern und seine Sorge um die Zukunft, die uns nach seiner eigenen Auffassung noch weitere Preissteigerungen bringen wird, nützen dem Volke nichts. Wenn 150 Mk. für einen Zentner Kartoffeln und das schätzbarste des Preisenspreises für Weizen bezahlt werden müssen, so ist das doch keine glücklichere Preisentwicklung für Unfabrikzeugnisse! Die Regierung darf sich nicht ohnmächtig fühlen; sie muß zum Wohle der Gesamtheit des deutschen Volkes endlich aus Tat schreiten gegen die Valutaschwelger, gegen die wucherischen Mächtigkeiten, für die immer die schlechte Valuta herhalten muß. Unglaublich brutal wurde von der Not der Verbraucher und der Niederknüppelung etwanger Märkte von der rechten Seite aus gesprochen, und höhnisch und mit fast schändlicher Wut wurden die Begründungen und Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten beantwortet. Unter diesen Umständen ist es außerordentlich zu bedauern, daß der Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen Serum nicht in einheitlicher Front von allen Arbeiterparteien angenommen wurde. Es darf nicht so weit gehen, daß aus Rücksicht auf in der Regierung befindliche Parteigenossen von einer konsequenten Stellungnahme Abstand genommen wird.

Wütendes Verlangen der freien Wirtschaft. Der Halb- und Halbminister Hermes, der auf dem Ernährungsgebiete häufig abgewirtschaftet hat und im Finanzressort gleich beim ersten Auftreten stark verunglückt, erdrosselte sich in der vergangenen Woche, seine dem Wucherum Tor und Tür öffnende Politik des freien Handels im Reichstage nochmals zu verteidigen. Dieser Mann ist unter den Ministern seit der Revolution jedenfalls die traurigste Figur. Was er am Volke gesündigt und wie er allen Reichsbedürftigen die Ächzten hat liegen lassen, das ist ein blamables Stück der neuen Regierung. Der Agrarliebling Hermes ist aber nicht der allein Schuldige, er geht zwar bewußt auf sein Ziel los; der Reichswirtschaftsminister Schmidt jedoch läßt sich zu sehr schleichen und täuschen. In Leipzig hat sich neulich ein Vorgang abgespielt, der als typisch auch für andre Großstädte und Gegenden betrachtet werden kann, über den wir kurz einiges mitteilen möchten, weil daraus für die Entwicklung des Preiswahnsinns in den nächsten Wochen sich Anzeichen ergeben. Das städtische Gewerbeamt hatte Vertreter der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie, der Erzeuger und der Verbraucher zu einer Aussprache über Preisangelegenheiten eingeladen. Weil die Hermes'sche Kartellpolitik zu der jetzigen Katastrophe geführt hat, verlangten ein Vertreter der Konsumanten und einer der Höchstwertenden Gewerbetreibenden zum Entsetzen der auf die freie Wirtschaft Schwärmenden Zwangswirtschaft, Bestandsaufnahme und Beschlagnahme. Vielen Leuten war auch gar nicht wohl, als sie hören mußten, daß deutsche Butter wegen ihres enormen Preises nur noch in geringem Maße im eigenen Lande verbraucht wird; sie wandert in der Hauptsache nach Holland und über Dänemark nach England für 1,50 Mk. das Pfund. Die Anglikaner des Publikums wirken gewiß auch preisstrebend; mit Moralpredigten darüber braucht man sich aber nicht an die Arbeiterklasse zu wenden, die von der Hand in den Mund lebt und nicht schimpfen- oder zelnerweise hamstern kann. Die Welt der kleinen Leute wird durch dieses unnütze

Ramchen Viehmeer am meisten geschädigt. Die anwesenden Händler gaben zum besten, daß Margarine in 14 Tagen noch um 15 Mk. teurer sein werde, die Fischpreise würden hoffentlich steigen (Kabelau hofel ab Seefische im Jahr 12,50—15 Mk. das Pfund), Stoffe kämen regulär auf 800 Mk. das Meter zu stehen, gewöhnliche Straßenkleid ab Fabrik auf 400 Mk., Reis kostete schon im Einkauf 10 bis 12 Mk. das Pfund. Dazu ist der Getreidepreis in Leipzig von 17 Mk. zu Anfang Oktober auf 40 Mk. oder mehr jetzt gestiegen und der Brotpreis hat man einfach auf 3,60 Mk. heraufgesetzt. Alle Waren geben als neu bereinigt gehommene zu Bahntamwacherpreisen ab. Der gemeinliche Betrag ist an der Tagesordnung. Die „Ordnungsbeiden“ der freien Wirtschaft bauen wie Piraten. Der Staat mit seinen Wuchererordnungen ist ohnmächtig. In unklaren Köpfen reißt der Gedanke auf gewalttätigen Eingreifen in den privatkapitalistischen Saufstall. Doch es muß auch anders gehen, den Staat gegen die Verderber des Volkes mobil zu machen.

75jähriges Bestehen des Zeiß-Werkes. Die größte aller optischen Werkstätten in Deutschland, das Zeiß-Werk in Jena, beschäftigt 5000 Arbeiter und Angestellte. Während der Krieges konnte es seine Arbeiterzahl sogar bis auf 11000 steigern. Eine beispiellose Entwicklung war diesem modernen Großbetriebe für Optik und Feinmechanik während seines 75jährigen Bestehens beschieden. Das Bedeutungsvolle und Erreichte dabei ist jedoch, daß der ungeheure Aufschwung des weltbekannten Werkes begleitet war von einer bisher einzig dastehenden Fürsorge für die wirtschaftliche Sicherung der Arbeiterklasse. Diese Tatsache ist in erster Linie auf das soziale Wirken Ernst Abbes zurückzuführen, der die Förderung der kulturellen und sozialen Lage der Betriebsangehörigen als seine Lebensaufgabe betrachtete. Aus Anlaß des Jubiläums ist im Verlage der Thüringer Verlagsanstalt und Drucker E. M. B. S. (Verlag der Thüringer Zeitung „Das Volk“) in Jena eine inhaltlich und technisch so beglückend ausgestattete Festschrift erschienen unter dem Titel: „Abbes Werk. Zum 75jährigen Jubiläum der optischen Werkstätte Carl Zeiß (Senz) 1846—1921“. Preis 2 Mk.

Massenrücktritt im Vereine der Plakalfreunde in Berlin. Im Berliner Vereine der Plakalfreunde, der keine Geschäftsstelle in Charlottenburg, Kantstraße, hat, kritisiert es ganz gehörig. Die drei langjährigen Vorstandsmitglieder, von denen zwei zu den Gründern des Vereins zählten, legten ihre Ämter nieder und lehnten die Wiederwahl ab. Der Vorsitzende Dr. Hans Sachs hat gleichzeitig die Schriftleitung der bekannten Zeitschrift „Das Plakat“ niedergelegt. Mit ihnen sind mehrere Ehrenmitglieder und Ausschubmitglieder zurückgetreten, darunter Reichsanwalt Dr. Rebslob, Lucian Bernhard, Paul Scheurich, Prof. P. Behrens, Geheimrat Dr. Peter Jellen und andre.

Deutschnationaler Zeitungsdurchbruch und Sinnverringung. Das große Verlagsunternehmen von dem „deutschen Patrioten“ Edwin in Kattowitz (Oberschlesien) ist an Polen verkauft worden. In dem Verlag erschienen bisher drei stark verbreitete Zeitungen, die deutschnationalen „Öffentliche Morgenpost“, die „Schwerindustrie“, „Kattowitzer Zeitung“ und das „Königsbühler Tageblatt“, das während des Abstimmungskampfes so tat, als sei es der Hort des Deutschturns. Dieser Vorgang kennzeichnet die deutschnationalen Profikläger, die ihren „Patriotismus“ nicht schnell genug an den Nagel hängen können, wenn die Profikrate schwindet. Der Zeitungsaufkauf wird bekanntlich auch seit einiger Zeit in umfangreicher Weise von großindustriellen Konzernen in Deutschland betrieben. Sinnes und Augenberg haben zusammen eine sehr große Zahl von Zeitungen unter ihren Einfluß gebracht. Welche Gefahren diese Seelenhändler in sich birgt, wird wohl gerade jetzt sehr klar, da der Kampf um die Eisenbahnen und die Post entrannt ist, die von Sinnes, Augenberg und Konforten begehrt werden. Sie können nun durch ihre Zeitungen die öffentliche Meinung gemäß ihren Privatinteressen bearbeiten. Die Meinungshandlung durch Zeitungsdurchbruch ist eines der schlimmsten Auswüchse des kapitalistischen Systems.

Sozialistische oder Sozialwirtschaft. Zwischen einer sozialen und einer sozialistischen Wirtschaft ist ein bedeutender grundsätzlicher Unterschied. „Soziale Wirtschaft“ bedeutet Verteilung des Arbeitsertrags nach dem subjektiven sozialen Empfinden, sozialistische Wirtschaft bedeutet dagegen Verteilung des Arbeitsertrags nach objektiven Tatsachen, nach einem bestimmten Verteilungsprinzip. Die „Betriebsrätegesetzung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bringt u. a. in Nr. 18 (Novemberheft) eine Studie über diese hochwichtigen Fragen, die zu weiteren Auseinandersetzungen Anlaß geben soll.

Beendigung des Streiks in der genossenschaftlichen Seilwarenfabrik. Durch Vermittlung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde mit den Vertretern der Grobseilwarenfabrik deutscher Konsumvereine und des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren im Besitze des zweiten Vorsitzenden Grabmann der Streik beigelegt und Vereinbarungen getroffen. Am 10. November wurde die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen.

Das Hilfswerk der Genossenschaften. Die von der Konsumgenossenschaftsbewegung unternommene Sammlung für die Opfer von Oppau hat nach vorläufiger Abrechnung 111774 Mk. ergeben. Für das hungernde Rußland gingen 72400 Mk. ein.

Die Genossenschaften der Welt. Folgende Statistik, die auf Nachweisungen beruht, die die Genossenschaften aller Richtungen den Regierungen ihrer Länder machten, oder die gewerkschaftlichen und andern Blättern ent-

nommen wurden, wird in der „Internationalen Arbeits-rundschau“ veröffentlicht:

	1913	1912	1920
Argentinien	—	476000	750000
Australien	498000	628000	684000
Belgien	200000	715000	920000
Bulgarien	30000	36000	36000
Dänemark	152000	360000	400000
Deutschland	4513000	11900000	13000000
Finnland	28000	41000	59000
Frankreich	1027000	2500000	2500000
Griechenland	—	170000	170000
Indien	—	500000	500000
Italien	972000	1800000	3100000
Japan	—	247000	247000
Kanada	176000	378000	374000
Niederlande	189000	457000	683000
Neuseeland	72000	83000	83000
Norwegen	64000	144000	142000
Österreich	260000	803000	830000
Polen	—	350000	947000
Portugal	—	100000	100000
Rumänien (altes Gebiet)	10000	75000	90000
Rußland	—	3639000	5220000
Serbien	9000	20000	20000
Südafrika	5000	60000	60000
Spanien	—	876000	876000
Schweden	136000	338000	400000
Schweiz	95000	200000	292000
Tschechoslowakei	—	1301000	2000000
Ungarn	115000	212000	343000
Vereinigtes Königreich (Großbritannien-Grland)	4173000	8024000	8024000
Vereinigete Staaten von Amerika	2722000	5607000	5179000
Zusammen (30 Länder)	16152000	42040000	48029000

1 Schätzung. 2 Zahlen von 1919.

An den auf Deutschland entfallenden 13 Millionen sind die verschiedensten Richtungen, Gruppen und Gruppen beteiligt. Das Kartell der freien Gewerkschaften und der freien Angestelltenorganisationen nimmt von den 13 allein 9 Millionen in Anspruch.

Die Pressefreiheit in Berlin. Die Pressefreiheit scheint im modernen Berlin noch etwas lächerlich zu sein, denn es wurde, wie aus Oberan berichtet wird, bei dem Verbote, das jüngst eine bolschewistische Zeitung, den „Stern von Berlin“, trat, vom Kriegsminister gleich verfügt, daß der Redakteur 200 Strafschläge auf die bloßen Schultern, also die berückelte Bastonade, bekommen solle. Sein Verbrechen bestand darin, daß er „die Regierung lächerlich gemacht hatte“.

Briefkasten

S. S. in W. Danken bestens für das wertvolle Material; es wird uns jedenfalls gute Dienste leisten. — **E. H. in Offenbach** Werben das Weitere voranzutreiben. — **E. H. in Jena:** Mit Interesse Kenntnis genommen. Frdl. Gruß. — **S. S. in Regensburg:** Wird sich kaum ermöglichen lassen. Wir erziehen in Veranlassung berichten! — **S. S. in W.** 1. Wird aufgenommen. 2. Von der andern Anzeigengruppe hätten wir eine eigene Ausarbeitung lieber gesehen, da aber Zeit zu kurz und Sache mindestens während der Zeitschlussung noch herauskommen sollte, so werden wir sie selbst kurz und zureichend behandeln. — **E. H. in B.** Vorderrand an Unterbrechung noch nicht zu denken; sobald aber Hauptstoß vorüber ist. — **A. Z. in B.** Sie haben Ihren Artikel am 17. II. zwischen 6 bis 7 Uhr abends aufgegeben, also zu einer Zeit, wo die Sonne noch einmal zu sehen, wie die Abfahrtszeiten des „Aur.“ sind. Abgabe ist mit sofortiger Aufnahme viel verlangt, da wir uns nicht zu selten willon vor Artikeln und Veranlassungen berichten. Ein Teil des Artikels rennt offene Ähren ein und ist deshalb der Streichung verfallen. — **E. H. in B.** Wir berufen uns auf die Briefkastennotiz in Nr. 133; es kann schon sein, daß sich andre Firmen auch noch zu langem „Belästigen“ in die Besessenen damit aber die gute Melancholie nicht in welcher Form! Wir haben das geschrieben auf Grund einer Meldung in der „Leipziger Volkszeitung“. Nach Eingang Ihres Schreibens haben wir die „Dresdener Volkszeitung“ darüber nachgelesen. In deren Parlamentsbericht ist die Sache ausführlicher behandelt; daraus ergibt sich, daß in zweiter Beratung der Antrag auf Festlegung des 1. Mai und des 9. November als gesetzliche Feiertage angenommen wurden. Resultat ist die Sache also nicht erledigt, was aus der „Z.“ aber nicht hervorgeht. Prinzipielles bleibt aber doch her, andres Resultat herauskommen. Ihr Beschimpfung bleibt also unverändert. — **Z. in Gingen:** 5 Mk. — **S. M. in Br.:** 7,50 Mk. — **P. J. in Br.:** 7,50 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Surfürst, Nr. 1191.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die befolgte Adresse):
Im Gau Hamburg-Altona die Scher, 1. Waller Hoffmann, geb. in Hamburg 1900, ausgeh. ddt. 1919; 2. Schmidt, Axel, geb. in Br. Berlin 1903, ausgeh. in Hamburg 1921; 3. der Schwägerin gegen Heinrich Schröder, geb. in Hamburg in Bellerwald 1874, ausgeh. in Beldorf a. d. Sieg; 4. der Drucker Sebastian Willeger, geb. in Augsburg 1885, ausgeh. ddt. 1903; waren schon Mitglieder. — Fr. Kumbler in Hamburg, Welfenbinderhof 57 II.

Veranstaltungskalender

Dresden. Korrespondenzversammlung Sonnabend, den 26. November, abends 7^{1/2} Uhr, im „Kaulbachhof“, Kaulbachstraße, Klosterg. — Veranstaltung Freitag, den 25. November, abends 8 Uhr, in der „Philharmonie“.

Verchiedene Gänge

„**Typographische Mitteilungen.**“ Zeitschrift des Bundes der Deutschen Buchdrucker. Sitz Leipzig, 18. Jahrgang, Nr. 10. Postbezugspreis 7 Mk.; unter Einheitspreis jährlich 32 Mk. Einzelheft 3 Mk. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle, Leipzig, Salomonstraße 8.

„**Schweizer Graphische Mitteilungen.**“ Monatschrift für das graphische Kunstgewerbe. 39. Jahrgang. Heft 10. Redakteur und Herausgeber August Müller in St. Gallen, (Schweiz). Halbjährlich

bei direkter Zusendung einschl. Porto 5,50 Fr. für die Schweiz, 6,75 Fr. für das Ausland.

„**Typographische Jahrbücher.**“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. Heft 10. Oktober 1921. 42. Jahrgang. Bezugspreis für das Halbjahr durch alle Buchhandlungen 24 Mk.; direkt per Kreuzband in Deutschland 30 Mk.; für das Ausland besondere Preise.

„**Taschenkalender für die arbeitende Jugend 1922.**“ In handlichem Format und dauerhaftem Einbande bringt der erstmalig erscheinende Kalender neben dem prächtig eingerichteten Kalenderium

wichtige Angaben und Adressenmaterial für alle Mitarbeiter in der Jugendbewegung. Preis 3 Mk. Originalanfertigung bei größter Genauigkeit der Arbeiterjugend. Einzelausgabe der Arbeiterjugend. Leipzig, Salomonstraße 8.

„**Jugend heraus!**“ Gedichte und Prologe für Kunstgebäude und Feste. Diese Sammlung von Geisteserzeugnissen von hervorragenden Arbeiterführern ist eine gute Ergänzung der Arbeiterliteratur und wird bei den Jugendheimen und Arbeitervereinen gern verwendet finden. Preisheft 3,50 Mk., gebunden 4,50 Mk. Einzelheft 2,50 Mk. Bezugspreis des Verbandes der Arbeiterjugendvereine, Leipzig, Salomonstraße 8.

An unsre Inserenten!

Die ganz erheblich gestiegenen Herstellungskosten des „Korrespondent“ machen eine

Erhöhung der Anzeigenpreise

zur unabweisbaren Notwendigkeit.

Vom 1. Dezember an erhöht sich deshalb der Preis für Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen auf 5 Mk., für Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen auf 1 Mk. für die fünfgespaltene Nonparalelfleiste.

Wir bitten von dieser Änderung gefl. Kenntnis zu nehmen.
Der Verbandsvorstand.

Rauchtabak

Bestellen Sie sofort hochfein mit Speck durchf. in Weißblechdosen, 2 Pfd. 15 Mk. Nachnahme nicht unter 9 Pfd. 607

Blutwurst Sammonia-Verjand, Schleidenplatz 18.

russische Sezer

werden sofort verlangt. G. Galsoff, Berlin S 14, Dresdener Straße 82/83. [646]

Tüchtiger Galvanoplastiker

als Richter für Farbenautos und Schriftsätze, eventuell auch als Abbeder, für sofort bei entsprechendem Lohne gesucht. [598]

Wilhelm Wirth, Dresden-N. 5, Seminarstraße 20/22.

Geübte Schriftstellerin

für Kommissionen sofort gesucht. [545]

Schriftstellerin Ludwig Wagner, Leipzig, Gabelsbergerstraße 1a.

Junger Schriftsetzer

26jährig, mit guten Zeugnissen [654]

sucht Kondition

auf Anzeigen- oder Vertikal. Würde auch Maschinensetzer lernen. [654]

Gefl. Angebote an E. G. Galsoff, Schriftsetzer, „Griebheim“, Ebur (Schweiz.).

Lino- und Galvanoplastiker

mit mehrjähriger Praxis in gut bezahlter Dauerstellung gesucht. [648]

Nauchschreiber, Berlin S 14, Gabelsbergerstraße 5.

Zu möglichst baldigem Eintritt suchen wir für unsere Ideal-Segmalchine mit elektrischer Bedienung einen tüchtigen, horrechten [645]

Lino- und Galvanoplastiker

der mit dem Mechanismus vertraut ist. Angebote mit Zeichnungen und Eintrittstermin an die [654]

„Eingener Zeitung“, Egingen a. S.

Tüchtiger Setzer

Wir Platz und Kund, der mit Eingebenen von Altes bewandert ist, gesucht. Eintritt kann sofort erfolgen. [666]

Schwarz, Hamburg 27.

Maschinenmeister

perst im Druck verlaufender Autotypen suchen [659]

Tejner & Zimmer, Chemnitz.

Mehrere tüchtige Maschinenmeister

suchen [655]

Julius Kitzhardt, Leipzig, Liebigstraße 6.

Tüchtige Schriftsetzer

suchen wir in dauernde Stellung einige [656]

Schriftsetzerei C. Klobers, Leipzig, Talstraße 31.

Für unsere Metallschneiderei suchen wir in dauernde Stellung einige [656]

Schriftsetzer

welche im Sandstrichinstrumenten gießen können oder sich diese Gießerei aneignen gewillt sind. Es wollen sich nur solche Gießer melden, welche eine gute Verrichtung machen können. [591]

Bornemann & Co., Magdeburg-Üdr.

Tüchtiger Galvanoplastiker

mit allen Arbeiten vertraut, wegen Vergrößerung der Abteilung für sofort gesucht. [653]

Karl Schlemmer, Bremen, Grapische Anstalt.

Tüchtiger Schriftsetzer

36 Jahre alt, in allen vorkommenden Sabararbeiten bewandert, sucht in [653]

Dresden

Stellung. [653]

Offerten unter Nr. 652 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger Schriftsetzer

so wie Formregale, Segregale, Waagliche, Wagen- und Farbenmischungen, Säbtreiber usw. liefern in bester Ausführung ab Lager. [62]

Bejner & Hoff, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Gebrauchte Fachlehrbücher

noch gut erhalten, kauft jederzeit Graph. Verlag A. Siegel, München 9.

Maschinenband

Erlebensqualität, liefern [3]

Bejner & Hoff, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Rotationsmaschinenmesser

Ludwig Morfken, Düsseldorf, Jordanstraße 7. [53]

Gesamt-Handverleger v. Buchdrucker, Gousschriele, 5 farb. Radeln, Graph. Verlags- u. Buchverl. v. E. E. E. E. Stuttgart, Poststraße 2. Preisliste frei.

Nhlen, Pinzetten Alphabethefte Gute Fachbücher

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8 III (Mittelgeb.). Postfachkonto 53430.

Verbandsmonument

Von den während der „Bagra“ 1914 herausgegebenen Postkarten mit dem [647]

ist noch ein kleiner Vollen zum Preise von 15 Pfd. für zwei Stück (Einbruch) abzugeben. Porto extra (bis zu 10 Stück 15 Pfd.).

Gegen Voreinsendung des Betrags auf unser Postfachkonto, Leipzig Nr. 613 23, zu beziehen von [647]

Geschäftsstelle des „Korr.“

Karl Berndt

Am 11. November verschied der Anwalt, Mitbegründer unseres Vereins [647]

im Alter von 59 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren.

Der Schleifische Maschinen-seherversen (Sitz Breslau).

Wilhelm Clar

Am 8. November verschied nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Drucker [657]

im 50. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm.

Die Gesellen der Union Deutsche Verlags-Gesellschaft in Stuttgart.

Arno Schwarzwelt

Am 8. November verstarb unser werter Mitglied, der Drucker [650]

im 20. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm.

Maschinenmeister-Bezirksverein der Oberlausitz (Sitz Jittau).

Emil Odendahl

Nach längerem Leiden verstarb am 26. September unser lieber Kollege, der Setzer [657]

aus Köln, im Alter von 45 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird in Ehren halten.

Bezirksverein Köln.

Balentin Adelmann

Am 15. November verstarb nach langem Krankenlager in Folge Nervenleides unser lieber Kollege, der Setzerinvalid [665]

aus Ulm, im Alter von 45 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm.

Bezirksverein Frankfurt a. M.

Bei Arbeitsmarkt sowie kleineren Anzeigen wollen Inserenten den Portoerparnis wegen des Bezugs gleich mit befügen; bei Bezügen unter einer Mark Dreismarke kein Stadtnotegeld. Geschäftsstelle des „Korr.“

Eine Notwendigkeit

ist es, daß die deutsche Buchdrucker-Gesellschaft sich eingehend mit den Fortschritten der neueren Druckverfahren (Offset, Manul, Obrol usw.) vertraut macht. Heft 12 der „Typographischen Mitteilungen“ bietet dazu ausreichend Gelegenheit. Dieses erscheinende als

Gummi-Druck-Sonderheft

Der bekannte Leipziger Fachlehrer Köditz behandelt in diesem Heft die neueren Verfahren vom Standpunkt des Theoretikers und Praktikers in ausführlicher und lehrreicher Weise. Damit möglichst viele Kollegen in den Besitz dieses aufklärenden Sonderheftes gelangen, bitten wir, in den Betrieben Bestellungen zu tätigen. Der Preis für dieses Sonderheft beträgt unter portofreier Zufendung 7 Mk. Die Mitglieder der Typographischen Vereinigungen erhalten das Heft zu den üblichen Bedingungen.

Sammelbestellungen sind spätestens bis 1. Dezember an den Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 8, zu senden.

Langenscheidtsche Bibliothek

griechischer und römischer Klassiker / In neueren deutschen Musterübersetzungen



Diese Bibliothek bietet die neuesten und besten Übersetzungen der griechischen Literatur. Sie besteht aus den besten griechischen Texten, die in der besten Form vorliegen, und ist in der besten Weise übersetzt. Die Bücher sind in der besten Form gedruckt und sind in der besten Weise gebunden. Die Bücher sind in der besten Form gedruckt und sind in der besten Weise gebunden.

Jeder Band und jede Lieferung wird einzeln abgegeben.

- Auswahl-Reihen.**
1. Reihe: Griechische Dichter. Aristophanes, Aeschylus, Euripides, Homer, Sophokles.
 2. Reihe: Griechische Prosaiker. Aristoteles, Platon, Xenophon, Demosthenes, Herodot, Plutarch, Thucydides, Xenophon.
 3. Reihe: Römische Dichter. Catullus, Horaz, Lucanus, Ovid, Propertius, Sallustius, Tibullus, Virgil.
 4. Reihe: Römische Prosaiker. Cäsar, Cicero, Livius, Plinius, Tacitus, Valerius.
 5. Reihe: Deren der griechischen Literatur. Aristophanes, Aeschylus, Euripides, Homer, Sophokles, Xenophon, Demosthenes, Herodot, Plutarch, Thucydides, Xenophon.
 6. Reihe: Deren der römischen Literatur. Juvenal, Martial, Ovid, Plautus, Terentius, Sueton.

Ortsverein Erfurt

Donnerstag, 24. November, abends 7 1/2 Uhr, im Saale bei Steiniger (Friedrichstr.):

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Jahresbericht vom September und Oktober sowie vom dritten Vierteljahr. 2. Erzielung zweier Aufnahmegebühren. 3. Gewerkschaftshaus-Baufonds betr. 4. Kartellbericht. 5. Geldbewilligung für die Kinderhilfe. 6. Vereinsmitteilungen. [649]

Bevorzugtes Erscheinen der Mitglieder erwartet

Der Vorstand.